

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden  
Sabon & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Kontokonto:  
Gez. Girokonto, Dresden  
und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgelohn mit den wöchentlichen Beilagen  
Nach der Arbeit und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnnummer 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schiffzeitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10.  
Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile  
30 Pf., die 90 mm breite Kellamezeile 1,50 M., für auswärtige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche  
40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 154

Dresden, Montag den 6. Juli 1925

36. Jahrg.

## Der Weg zur Einheit

Die Organisationen unseres Bezirks haben nunmehr zum Reichsparteitag Stellung genommen. Charakteristisch für alle diese Versammlungen war, daß die Debatten sich dabei weniger um die Tagesordnung des Parteitag als um den Sachkonflikt drehten, dessen Behandlung vom Parteitag gebilligt werden mußte. Durch die von uns am Sonntag abgedruckte Entscheidung des Berliner Parteivorstands ist nunmehr die Möglichkeit gegeben, den sächsischen Streit vor Beginn des Parteitags zu erledigen.

Schon darum wird die übergroße Mehrheit der Parteigenossen in Sachsen wie im Reiche den Parteivorstandsbeschluss mit Befriedigung und Freude begrüßt haben, und es wäre überflüssig, über die Auffassung, die der Parteivorstand im ersten Teil seiner Erklärung zur Entstehung des Konflikts kundgibt, zu rechten, wenn der Konflikt mit dieser Erklärung bereits abgeschlossen wäre oder auf diesen historischen Teil bei kommenden Debatten nicht zurückgegriffen würde. Nur deshalb sei unterstrichen, daß in Sachsen die Mehrzahl der Parteigenossen über den Nutzen und die Methoden, mit denen der Parteivorstand in Sachsen eingriff, anders denkt. Es scheint uns heute nicht zweckmäßig, dies ganze Kapitel aufzurollen. Wie und warum in Sachsen das Zusammengehen mit den Kommunisten zustande kam, wies hier die sächsische Sozialdemokratie angesichts der proletarischen Landtagsmehrheit in einer Zwangslage war, ist zu oft erörtert worden, als daß dies heute noch einmal nötig wäre. Es würde auch zur Vereinfachung aller kommenden Aussprachen dienen, wenn dieses nun mehr als zwei Jahre zurückliegende Stück Geschichte den Historikern überlassen würde. Bis zur Parteiverdrängung verbittert wurden die sächsischen Genossen erst durch das, was nach dem Berliner Parteitag folgte, auf den sich der Parteivorstand beruft.

Die dort beschlossene Verständigungsresolution hätte die Grundlage zur Konsolidierung der sächsischen Partei werden können, wenn ihr nicht nachträglich Kandidatenvereinbarungen ausgenützt worden wären, die im Widerspruch zu den Statuten und zu allen guten demokratischen Parteigrundsätzen standen, und wenn der Parteivorstand um die Zeit der Reichstagswahlen den Dreiundzwanzig nicht jene verhängnisvolle Empfehlung gegeben hätte, die die Auflösung des Landtags von der Durchführung dieser Vereinbarungen abhängig machte. Wir wollen der Berliner Parteileitung nicht unterstellen, daß sie das Verhalten billigte, mit dem die Dreiundzwanzig eine für Sachsen mögliche Verständigung damals zum Scheitern verurteilten und die damals einem Landtagswahlkampf günstigen Chancen in den Wind schlugen. Aber wir wollen hoffen, daß nie wieder Vertrauensämter der Partei in dieser Art zu Kompensationsobjekten gemacht werden.

Wenn heute der Parteivorstand einsteht, daß diese Koalitionsregierung unmöglich ist und daß nur die Landtagsauflösung und die Wiederherstellung der demokratischen Grundrechte unserer Mitgliedschaften zur organisatorischen Geschlossenheit, Einheit und Kampffähigkeit der Partei führen können, so stellt er sich damit auf den Standpunkt, den die sächsische Parteimehrheit seit langem vertritt. Und wenn er die Landtagsauflösung angesichts der Fortschreitenden in der sächsischen Sozialdemokratie als das kleinere Übel betrachtet, so akzeptiert er die Gesichtspunkte, die wir der Reichspartei immer wieder vor Augen hielten, seit der Konflikt akut wurde.

Weichen noch die Schiedsgerichtsverfahren, die über die Ausschlußbeschlüsse der Organisationen zu entscheiden haben. Auch hier ist ein rationales, objektives Verfahren nötig. Die Parteivorstände haben gegen die bisherigen, unter dem Vorbehalt des Genossen Deist gefällten Entscheidungen Protest erhoben und sachliche wie formelle Verstöße nachgewiesen. Es fällt uns nicht ein, den Schiedsrichtern ihre Entscheidungen vorzuschreiben zu wollen, aber Voraussetzung einer für die Partei förderlichen Regelung dieses Punktes ist, daß ein unparteiischer Genosse mit dem Vorbehalt beauftragt wird. Diese Unparteilichkeit kann dem Genossen Deist nach seinem bisherigen Verhalten leider nicht nachgerühmt werden. (Siehe die Begründung der Urteile in der Beilage unserer heutigen Nummer.) Auch in diesem Punkte liegt es nunmehr beim Parteivorstand, der Vater des Parteistatuts und der Parteigrundsätze im besten Sinne des Wortes zu sein.

Wir wissen, daß mit der am Sonnabend veröffentlichten Berliner Entscheidung der Konflikt noch nicht aus der Welt geschafft ist, aber der Beschluss legt die Grundlagen dazu. Jede aller beteiligten Teile muß es nunmehr sein, den Bedarf zu verwirklichen und die alte Kampffähigkeit unserer Organisationen wieder herzustellen. Möge alles dazu Nötige mit der würdevollen Sachlichkeit geschehen, damit auch jene kleine Zahl Genossen, die bisher dem Verhalten der Dreiundzwanzig Verständnis entgegenbrachte, künftig ohne Groll für die Partei tätig sein und in den kommenden

Kämpfen ihre Pflicht tun kann. Denn ein kommen-der Landtagswahlkampf wird für die sozialistische Arbeiterklasse hart werden und wir möchten dabei die Kraft eines Genossen missen, der es mit dem Sozialismus ernst meint.

Ein Blick in die bürgerliche Presse, soweit sie sich zu unferm Parteivorstandsbeschluss geäußert hat, belehrt hinreichend über den Stand der Dinge. Verblüffung und Trauer breiten sich in und zwischen den Zeilen ihrer Kommentare. Einen Teil unserer sächsischen Fraktion dauernd gegen den andern auszuspielen zu können, war ja für unsre Gegner auch ein zu bequemes Spiel, und die Ausfälle auf die Spaltung der Partei waren zu schön, als daß sie dieser Zustand nicht mit Freude und Behagen hätte erfüllen müssen. Drum fällt es ihnen schwer, die Hoffnung aufzugeben. „Nunächst bleibt jedoch abzuwarten, wie der Beschluss der obersten Parteiführung in den feindseligen Lagern aufgenommen wird“, schreibt das hiesige deutschnationale Blatt.

Wer sieht hier nicht, um was es geht? Möge also der Parteivorstandsbeschluss vor allem die nötige geistige Entspannung innerhalb unserer Mitgliedschaften bewirken und damit der Zeit des Streitens und Sädens innerhalb unserer Organisationen ein Ende machen.

### Sozialdemokratischer Auflösungsantrag

Im Sächsischen Landtag ist von Art und Genossen ein Antrag auf Auflösung eingebracht. Es ist also wahrscheinlich, daß die Frage der Landtagsauflösung am Mittwoch oder Donnerstag entschieden wird.

### Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen

P. Paris, 4. Juli. (Eig. Drahtber.) Zwischen Staatssekretär Trendelenburg und dem französischen Handelsminister Chaumet hat am Sonnabend eine neue Aussprache stattgefunden, die zum Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich geführt hat. Die deutsche Delegation ist, wie erklärt wird, nach reiflicher Prüfung der neuen französischen Gegenanträge zu der Überzeugung gekommen, daß

## Ein mißlungener Vorstoß

### Ein Abwägungsversuch im Zollauschuss

Im Handelspolitischen Ausschuss des Reichstages unternahm die Zollkommission am Sonnabend einen Vorstoß, der aber an der Wachsamkeit der sozialdemokratischen Vertreter scheiterte. Genosse Söllmann hatte eben gegen die hohen Zölle im Kapitel „Steine und Erden“ der Zollvorlage gesprochen, als die Regierungsparteien durch den Abg. Horlacher (D. Vp.) einen Antrag einbrachten, der die Debatte beenden und für die Spezialberatung die Redezeit auf fünf Minuten verkürzen wollte. Diese Proposalfaktion wurde auf der linken mit stürmischem Protest beantwortet. Genosse Weisbach führte aus, daß der Antrag Horlacher so recht die Proklammer der Agrarier zeige, die

### Ihre Leute nicht schnell genug in die Schenker

belügen könnten. Die bürgerlichen Parteien möchten sich überlegen, welche Wirkung ihre Handlungswerte haben müßte. Die sozialdemokratische Fraktion behalte sich demgegenüber ihre Abwehrmaßnahmen vor. Im weiteren Verlauf der Aussprache, in der Genosse Henke nochmals den sozialdemokratischen Standpunkt gegenüber den Abwägungsplänen der Regierungsparteien unterstrich, und der Zentrumskoalition die Kammer zu vermitteln suchte, wurde der Antrag Horlacher zurückgezogen und die Debatte fortgesetzt.

Die eigentliche Sitzung begann mit einem Bericht des Abg. Schneider (D. Vp.) über die Arbeiten des Unterausschusses für die Einsetzung einer Sachverständigenkommission zur Prüfung der Agrarzölle. Es wurde beschlossen, als Sachverständigen die Professoren Warmbold und Sering und als Betriebswissenschaftler die Professoren Kereboe und Sagawa zu ernennen. Den Vorsitz der Kommission soll Professor August Müller übernehmen, dem Professor Abeltz als Stellvertreter zur Seite steht. Dieser Ausschuss wird ergänzt durch Vertreter der Fraktionen des Reichstages. Von der Sozialdemokratie dürften ihm die Genossen Hilferding und Georg Schmidt angehören.

Der Ausschuss legte dann die Beratungen über das Kapitel „Steine und Erden“ der Zollvorlage dar, wobei Gen. Söllmann behauptete, daß im Gegensatz zu dem großen Interesse, das die breiten Massen des Volkes den Verhandlungen entgegenbringen, die Regierung ebenso wie die bürgerlichen Vertreter ziemlich teilnahmslos den Arbeiten des Ausschusses gegenüberstehen. Die deutsche Wollindustrie stehe am allerwertigsten unter dem Druck der Auslandskonkurrenz, könne infolge des Rohwollmangels sogar eine sehr gute Konjunktur verzeichnen, die sie auch recht ausgiebig ausnütze. Im Wohnungsbau sei der Reichstag seitens der Regierung sowohl bei der Finanzierung wie bei den Parzellen die Meinung, daß ein regelrechter Baustoffwucher

getrieben werde. Es sei daher nicht einzusehen, warum dieser Industrie noch ein besonderer Zollschutz gewährt werden müsse. Die sozialdemokratische Fraktion verlange, daß sich der Reichs-

rat keine Grundlage für eine Verständigung bilden. Staatssekretär Trendelenburg hat infolgedessen die Erklärung abgegeben, daß er keine Möglichkeit mehr sehe, angesichts der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zum Abschluss eines Abkommens zu gelangen, das noch vor den Parlamentsferien ratifiziert werden könnte. Die beiden Delegationschefs werden am Montag noch einmal zusammenkommen, um darüber zu beraten, was bei dieser Lage noch geschehen kann. Sie wird dadurch erschwert, daß die französische Regierung beabsichtigt, von der Kammer sofort nach ihrem Wiederzusammentritt im November die Beratung der neuen Zollgesetz-Novelle zu verlangen. Man rechnet damit, daß diese Debatte mehrere Monate in Anspruch nehmen wird, und es gilt als ausgeschlossen, daß in der Zwischenzeit die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen fortgesetzt werden können.

P. Paris, 6. Juni. (Eig. Drahtber.) Ein vom französischen Handelsministerium veröffentlichter Bericht bezeichnet als Hauptgrund für den Abbruch der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen die Weigerung Deutschlands, Frankreich bei den Zöllen für Wein und eisenlohringische Textilwaren entgegenzukommen.

### Französische Niederlage in Marokko

P. Paris, 6. Juli. (Eig. Drahtber.) Ein amtlicher Bericht des Kriegsministeriums, dessen Zweck es ist, die öffentliche Meinung des Landes zu beruhigen, bestätigt den außerordentlich bedrohlichen Charakter, den die militärische Lage in Marokko für Frankreich angenommen hat. Es geht daraus u. a. hervor, daß die Stämme in der Gegend von Taza, deren Abfall schon seit mehreren Tagen befürchtet worden war, nun endgültig zu den Riflcuten übergegangen sind. In dem amtlichen Bericht heißt es darüber, daß der unter dem Druck des Gegners erfolgte Abfall mehrerer bisher treu gebliebener Stämme in der Front der Franzosen eine Lücke verursacht habe, durch die die feindseligen Streitkräfte durchgebrochen seien, um die Regimenter der französischen Truppen anzugreifen. Diese seien im Begriff, neue Stellungen zu beziehen, um die feindseligen Angriffe abzuwehren zu können. Die Öffentlichkeit dürfe sich durch die in einem Kolonialkrieg unvermeidlichen Rückschläge nicht beunruhigen lassen. Man dürfe nicht vergessen, daß die gegenwärtigen militärischen Operationen auf Schwierigkeiten stießen, die sich sehr erheblich von denen der früheren Operationen in diesem Lande und auch von denen eines europäischen Krieges unterscheiden. Der Gegner sei weit besser bewaffnet als vor zehn Jahren und seine Angriffe vertheilen sich über eine sehr ausgedehnte Front, wobei er sehr geschickt das Gelände und die modernen Kampfmittel benutze. — Die Regierung wird heute vermittels zu einem außerordentlichen Ministerrat zusammentreten, um sich mit der kritischen Lage in Marokko zu befassen. — Nach weiteren Meldungen haben die Franzosen eine Offensive bei Taza aufgenommen.

### Schließen und Beachte

#### Wo geparkt werden soll!

Am Steueranlass des Reichstags kam es am Freitag zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen dem preussischen Finanzminister Dr. Höpfer-Wischoff und dem Reichsfinanzminister v. Schlieffen, die auf jeden Fall mehr als Gegenüberlichkeiten der Meinungen in Finanz- und Steuerfragen zum Ausdruck brachte. Höpfer-Wischoff wandte sich sehr scharf gegen die Vertagung des Zuschlagrechtes und gegen den Versuch, vom Reich aus die Einkommen- und Körperschaftsteuerbelastung mit der Realsteuerbelastung in Relation zu setzen. Vor allen Dingen kritisierte er den Plan des Reichsfinanzministers, die Länder und Gemeinden zu verpflichten, ihre Steuererträhmen den Finanzämtern regelmäßig mitzuteilen.

Erregt wandte sich der Reichsfinanzminister gegen seinen Kollegen in Preußen. Der preussische Stat habe ein Defizit; in dem gleichen Augenblick befähigte aber der preussische Landtag, daß jeder Beamte der unteren Verwaltungsklassen eine Erhöhung seiner Bezüge um hundert Reichsmark erhalten solle. Er machte weiter den Vorwurf, daß Preußen sich u. a. in Schulwesen und in der Justizverwaltung eines wirksamen Abbaus enthalten habe. Dann erinnerte der Reichsfinanzminister an den Gehalt des preussischen Staatsrates, die Hälfte der Körperschaftsteuer für Neubaulängigkeit zu verwenden, der nicht der notwendigen Sparmaßnahme spreche.

Die Ausführungen des deutschnationalen Reichsfinanzministers wird man überall in höchstem Grade befreundlich finden. Sie werden auf jeden Fall monoton Beachten, der bei den letzten Wahlen das alte patriotische Herz entsetzt hat, die Augen über die Beamtenfreundlichkeit der gegenwärtigen Minister im Reich öffnen. Sehr lehrreich sind auch Schlieffens Ausführungen über die Verwendung der Körperschaftsteuer.

Die Vertreter der Deutschen Volkspartei und der deutschnationalen Volkspartei schlugen natürlich in die gleiche Kerbe. Der Abgeordnete Dr. Gerde (Str.) wandte sich dann gegen

5.00  
6.50  
9.00  
12.00  
27.00  
25.00  
33.00

Helle  
setzt

S

24.00

28.00

39.00

55.00

5.75

13.50

22.50

r.3



den Vorschlag des Abg. Herr (Soz.) feste Beträge den Ländern zuzurechnen. Dazu bemerkt Staatssekretär Dr. Popitz: In der Vorlage sei die Erhöhung der Landesanteile an der Umsatzsteuer auf 30 Prozent des Aufkommens nur bis zum 31. März 1926 vorgesehen. Der neue Vorschlag sehe die Erhöhung vom 1. Oktober 1925 an dauernd vor. Damit zeige die Reichsregierung ein Entgegenkommen, über das sie nicht hinausgehen könne. Genosse Herr (Soz.) bekräftigt, daß bei den Gemeinden eine finanzielle Richtigwirtschaft betrieben werde. Weiter betont der Redner, daß die in der Vorlage eritriche Relation zwischen Einkommen- und Realsteuern zu schweren Schäden bei Ländern und Gemeinden führen könne. Bezüglich der Hauszinssteuer bemerkt Dr. Herr, daß es die ungünstigste Steuer sei, die man sich denken könne.

### Das Aufwertungsgezet Die Anträge des Ausschusses

Der Aufwertungsantrag des Reichstags hat die Beratung des Gesetzes über die Aufwertung der Hypotheken und anderer privatrechtlicher Schuldforderungen am Freitag abgeschlossen. Das Gesetz über die Ablosung der öffentlichen Anleihen ist noch der zweiten Beratung zu unterziehen, die bis um die Mitte nächster Woche beendet sein dürfte. Gegen Ende der nächsten Woche in mit dem Beginn der Einzelberatung der Aufwertungsgezet in der Vollzung des Reichstags zu rechnen.

Im Augenblick ist das Interesse der Öffentlichkeit vor allem auf die Frage gerichtet, in welcher Gestalt das Aufwertungsgezet aus dem Ausschuss herauskommt. Die grundlegenden Bestimmungen der Ausschussbeschlüsse sollen daher hier kurz und ohne eingehende Kritik dargestellt werden. Nur so viel sei vorweg bemerkt, daß der deutschnationale Graf Fosaowski in einem in den letzten Tagen veröffentlichten Zeitungsartikel von der Aufwertungsgezetgebung als „einem dunklen Blatt in der deutschen Rechts- und Zittengeschichte“ spricht.

Die wesentliche Änderung gegenüber der Regierungsvorlage ist wohl die, daß die Aufwertung der Hypotheken und ähnlicher Forderungen nicht in zwei Teile zerlegt ist, wie die Reichsregierung vorschlug (15 Prozent und 10 Prozent Zuschlag = 25 Prozent), auch nicht einheitlich auf 20 Prozent bemessen ist, wie der Reichsrat es wollte, sondern einheitlich 25 Prozent betragen soll. Die Rückwirkung bereits gelöschter Hypotheken reicht nicht bis zum 15. Dezember 1922, wie die Regierung vorschlug, sondern bis zum 15. Juni 1922. Die Erhöhung der Aufwertung der Industrieobligationen von 15 auf 25 Prozent ist nicht völlig ausgeschlossen, wie die Regierung wollte, sondern für die sogenannten Altschulden in Form eines sehr ansehnlichen Genuscheinens vorgesehen worden.

Das sind die wesentlichen Verbesserungen, welche die Regierungsvorlage erfahren hat. So ungenügend sie sind, so haben sie doch nicht erreicht worden ohne den scharfen Kampf, den die Sozialdemokratie gegen die mortifiziösen Deutschnationalen geführt hat.

Aber diesen wenigen Verbesserungen, die hinter den berechtigten Forderungen der Gläubiger ebenfalls zurückbleiben wie hinter den Mahnrufen der Deutschnationalen, stehen selbstverständlich die Verbesserungen des Regierungsentwurfs gegenüber. Eine solche Verbesserung ist es beispielsweise, daß die persönliche Kaufkraftforderung, die bisher der unbegrenzten individuellen Aufwertung unterlag, nunmehr auf 75 Prozent beschränkt ist, wenn sie aus der Zeit vom 31. Dezember 1908 bis 1. Januar 1912 stammt. Forderungen dieser Art, die in der Zeit vom 1. Januar 1912 bis 1. Januar 1922 begründet worden sind, dürfen nur bis zu 100 Prozent aufgewertet werden. Daraus kann sich ergeben, daß eine in der Inflationszeit entstandene Forderung, die zur Zeit ihrer Entstehung 50 Prozent des Kaufpreises ausmachte, mit 1 Prozent der gegenwärtigen Grundstückspreise zurückzuführen ist. Die Differenz steht der Schuldner ein, der bei höchsten Schätzen oft ein Ausländer ist.

Besonders hat die Mehrheit an dem ungerechten Umrechnungsverfahren. Die Umrechnung von Forderungen, die nach dem 1. Januar 1918 entstanden sind, geschieht nach einer Wechselsatz, die den Durchschnitt von Dollarkurs und Großhandelsindex bildet. Die Kaufkraft der Papiermark vor dem Ende der Inflationszeit aber viel größer, als es nach dieser Wechselsatz scheint. Besonderen hat die Mehrheit auch an der einseitigen Berücksichtigung der nur der Schuldner, der in der Regel um 75 Prozent seiner Schuld entlastet wird, nie aber der Gläubiger für den in Anspruch nehmen kann. Neu hinzugekommen ist noch eine zweite Wechselsatz, die wiederum nur dem Schuldner zugunsten, der durch die Rückwirkungsbestimmungen in Anspruch genommen wird. Abgemildert ist die Ausdehnung der Rückwirkung bis 1. Juli 1921. Auch eine von den Sozialdemokraten beantragte bewegliche Schwebelinie gegenüber den Gläubigern, die vor dem 15. Juni 1922 mit löcherlichen Forderungen abgefunden worden sind, verfiel der Ablehnung.

Rückzahlung des aufgewerteten Betrags kann vom Gläubiger nicht vor dem 1. Januar 1923 verlangt werden, der Schuldner kann sogar Erundung bis 1. Januar 1928 verlangen. Nur wenn die Verhältnisse des Schuldners als günstig anerkannt werden und die wirtschaftliche Lage des Gläubigers es dringend erfordert, können von diesem vorzeitige Zahlungen, aber nicht mehr

als 10 Prozent im Jahre (!) verlangt werden. Die Verzinsung des Aufwertungsbeitrags hat vom 1. Januar 1923 bis 1. Juli 1925 mit 1,2 Prozent, vom 1. Juli 1925 bis 1. Januar 1926 mit 2,5 Prozent, vom 1. Januar 1926 bis 1. Januar 1928 mit 3 Prozent, von da an mit 5 Prozent zu geschehen. Diese Zinssätze gelten auch für die 10prozentige Aufwertung der Industrieobligationen. Die 10prozentige zusätzliche Aufwertung in Gestalt von Genuscheinern tritt erst in Kraft, wenn die Aktionäre zuvor 6 Prozent Dividende bezogen haben.

Was die Aufwertung von Pfandbriefen betrifft, so ist am Entwurf nichts Wesentliches geändert. Die Höhe der Aufwertung richtet sich hier nach der Größe der Teilungssätze, die aus den aufgewerteten Hypothekensanträgen der Pfandbriefanstalten gebildet wird. Technisch ist die Aufwertung der Verleihenungsanträge gestaltet.

Besonderen Wert haben die sozialdemokratischen Vertreter auf eine gerechte Behandlung der Sparfahrguthaben gelegt. Sie haben auch einige Verbesserungen erreicht. Die Regelung im einzelnen bleibt aber den Ländern überlassen, denen nur Richtlinien gegeben werden. Einige Bedeutung kommt der Bestimmung zu, daß die Aufwertung der Sparfahrguthaben mindestens 12 1/2 Prozent betragen soll. Wichtig ist, daß Ansprüche an Fabrik- und Werksparfahnen, sowie an Betriebs-Pensionskassen,

begünstigten Kaufleuten der unbegrenzten Aufwertung unterliegen, während Sparfahneinlagen bei Konsumvereinen zwar zwarweise nur bis 25 Prozent aufzuwerten sind. Wird hier freiwillig höher aufgewertet, so fällt die Schenkungssteuer, die bisher verlangt wurde, weg. In Kraft treten soll das Gesetz am 5. Juli.

### Bochum wird geräumt

Bochum, 4. Juli. Der französische Kommandant hat der Stadtverwaltung Bochum offiziell mitgeteilt, daß er Anweisung zur Räumung der Stadt Bochum erhalten habe. Er habe Maßnahmen zur Rückgabe der Wohnungen und Quartiere angeordnet. Den nächsten Tag des Abzugs der Truppen würde er der Stadtverwaltung mitteilen. Außerdem hat der General angeordnet, daß vom 2. Juli an die Quartiergeber ihre Wohnungen, in denen auf Quartierschein wohnende Franzosen sich aufhalten, wieder betreten dürfen, um etwa angerichtete Schäden feststellen zu lassen. Der zuständigen Kommission sind auf Wunsch des Generals zwei Dolmetscher beigegeben. Die Kommission wird in den nächsten Tagen ihre Tätigkeit beginnen.

## Reichstag und Außenpolitik

Die Sozialdemokratie stellt die Reichsregierung — Das Elend der Angestelltenversicherung

88. Sitzung, Sonnabend, 4. Juli

Nach Erledigung kleinerer Vorlagen folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfs über den Schutz der Jugend bei Arbeitsstellen, verbunden mit einem sozialdemokratischen Antrag über die Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben. Nach der Vorlage kann die Beschäftigung und der Besuch von Minderjährigen unter 15 Jahren für bestimmte Ausnahmefälle, Schauspielungen usw. verboten oder eingeschränkt werden.

Abg. Frau Schröder (Soz.):

Der Gesetzesentwurf geht von einem sozialdemokratischen Antrag aus, der den fehlenden Rinderfleisch in der Filmindustrie schaffen will. Rednerin bringt das ganze Elend der Rinderausbeutung in der Filmindustrie zur Sprache und fordert energische gesetzliche Schutz. Die Gesundheit der Kinder muß dem Reichstag nähergebracht werden als das Interesse einiger kapitalistischer Filmindustriellen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Rednerin verwies darauf, daß es allein dieses Rinderfleischschmuggels Schwerekeit gemacht habe. Auch in der Veranschaulichung sprach der bayerische Volksparteileiter Schwarzgerger gegen das Gesetz und verteidigt damit die Interessen der Filmindustriellen. Er verlangte Zurückverweisung an den Ausschuss; doch wurde dieser Antrag abgelehnt.

Dann teilt Präsident Lobe dem Hause mit, daß er gemäß den Beschlüssen des Hauses vom Freitag mit dem Reichskanzler die Frage besprochen habe, ob und wann

die außenpolitische Debatte

stattfinden könne. Der Reichskanzler habe erklärt, daß es gegenwärtig nicht wünschenswert wäre, in der außenpolitischen Debatte einzutreten, weil wichtige diplomatische Verhandlungen, die gegenwärtig im Gange sind, dadurch gestört würden. Dann hätte aber, wie Präsident Lobe weiter mitteilt, das Haus sehr wenig Beratungsstoff, weil alles noch in den Ausschüssen liege. Es sei daher zu erwägen, den Montag und Dienstag Sitzungsfreie zu lassen.

Abg. Dittmann (Soz.):

Wir haben gehört, daß die Regierung eine außenpolitische Debatte nicht wünscht, bevor die Note abgefaßt ist. Unsere geistigen Bedürfnisse waren also begründet. Wir erheben den schärfsten Einspruch dagegen, daß der Reichstag in diesen wichtigen Fragen ausgeschlossen werden soll. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir sind ferner der Meinung, daß das Plenum seine Beratungen am Montag und Dienstag nicht aussetzen soll. Es sind eine ganze Anzahl wichtiger Fragen, die an diesen Tagen behandelt werden können. Alle Fraktionen haben Anträge und Interpellationen eingebracht, an denen sie sehr interessiert sind und deren Erledigung bisher zurückgestellt worden ist. Am nächsten Tag kann heute noch festgestellt werden, welche Gegenstände am Montag und Dienstag behandelt werden sollen.

Abg. v. Graefe (Dkt.) ersucht, heute noch einmal im Plenum darüber mit dem Außenminister zu verhandeln, daß die außenpolitische Debatte Anfang der nächsten Woche erfolgt. Die Wähler wünschen unter allen Umständen die sofortige außenpolitische Debatte.

Staatssekretär Kemper: Im Auftrag des Reichskanzlers habe ich zu erklären, daß die Debatte über die außenpolitische Lage noch vor den Sommerferien stattfinden wird, und zwar, sobald die Antimotivnote überreicht ist. (Lobh. hört, hört! links.)

Abg. Dr. Rosenfeld (Komm.) erklärt, ein derartiges Vorgehen der Regierung würde in seinem anderen Parlament Europas möglich sein. (Gelächter rechts.) Die Kommunisten müßten unbedingt auf der sofortigen außenpolitischen Debatte bestehen.

Abg. Breitfeld (Soz.): Wir sind bereit, dem Antrage Graefe zuzustimmen, wie ich doppelt bereit dazu, nachdem die Regierung ihre Erklärung abgegeben hat. Wir verlangen, daß die Regierung ihre Gründe darlegt, aus denen sie nicht in der Lage sei, hier in einer außenpolitischen Debatte Red und Antwort zu geben. Wir dürfen annehmen, daß der Außenminister in den Angelegenheiten seines Ressorts bewandert genug ist, um in der Lage zu sein, die Gründe dafür anzugeben. Wenn wir nichts darüber hören, müssen wir annehmen, daß es sehr fadenheime Gründe sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir legen den allergrößten Wert darauf, daß die Debatte über den Sicherheitspakt und die andern damit zusammenhängenden Gegenstände erfolgt, bevor die Rote herausgegangen ist. Was die Richtlinien der Volkspartei darüber angeht, ist keine verbindliche Antwort, wir verlangen sie aus autorisiertem Munde. Das parlamentarische System erfordert, daß der Reichstag vor Beendigung der Verhandlungen seinen Einfluß darauf ausüben instande ist. Wir müssen fragen können, ob uns die Note gefällt, oder ob sie uns nicht gefällt. Das ist keine Politik, nachträglich die Mißbilligung auszusprechen. Der Reichstag muß wissen, was gespielt wird. Das ist um so notwendiger, als wir doch oft genug gehört haben, daß nach dem Kriege

der Geheimdiplomatie ein Ende bereitet werden soll. (Stürmische Zustimmung rechts.) Wir fordern also mit aller Energie, daß der Reichstag seinen Einfluß auf die auswärtige Politik, und besonders in einer so wichtigen Frage, ausübt. Es ist uns unverständlich, daß Volksvertreter sich selbst davon ausschließen wollen, ihren Einfluß auszuüben. (Loben rechts.) Wir müssen wissen, ob diese Richtlinien Herr Stresemann der Deutschen Volkspartei oder die Deutsche Volkspartei Herrn Stresemann vorgezeichnet hat. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir müssen wissen, nach welchen Richtlinien die Regierung vorzugehen gedenkt. Die Tatsache, daß das der Volkspartei bekannt ist, enthebt die Regierung nicht der Notwendigkeit, auch die andern Parteien darüber zu unterrichten. Die deutschnationale Presse hat ja den Richtlinien nicht zugestimmt, es ist also immer noch zweifelhaft, ob das die Richtlinien der Regierung sind. Im Plenum des Reichstages muß darüber Auskunft gegeben werden. Die Voraussetzung des internationalen Eingreifens der Regierung und der Regierungsparteien ist doch das Angebot vom Februar. Wir haben die Geheimheit.

Wir sind in einer der Regierungsparteien ein einflussreicher Kreis von diplomatischen Führern an dieses Angebot nicht gebunden hält.

Wenn das der Fall ist, dann müssen wir wissen, wie die Regierung dazu steht. (Großer Lärm rechts.) Einer der Regierungsmitglieder, der Innenminister Schiele, hat noch am 28. Mai erklärt, daß ihm das Angebot der Regierung nicht bekannt sei. (Stürmische Rufe, hört, hört, links.) Nach alledem verlangen wir, daß die Regierung in einer Aussprache Rede und Antwort gibt, wie wollen Klarheit haben. (Stürmische Zustimmung links, Lärm rechts.)

Abg. Ehrenbach (Sentz.): Montag und Dienstag sollten keine Sitzungen stattfinden, damit die Ausschüsse ihre wichtigsten Beratungen für das Plenum reif machen können. Bezüglich der Debatte über die außenpolitische Lage hat der Reichstag im Ausschuss nicht 15 Minuten darüber gesprochen, daß die Debatte erst nach Ablegung der Note erfolgen soll. Der Reichskanzler hat aber den Wunsch geäußert, im Plenum über die Gründe zu sprechen, welche es geboten erscheinen ließen, die außenpolitische De-

Weise erläutert. Während des Weltkrieges hat er eine Haltung eingenommen, die in Deutschland sehr verurteilt hat. Doch politische Gegnerlichkeit kann nicht hindern, die sachlichen Bedenken auszusprechen, die er sich als Begründer der rhytmischen Gymnastik und als führender Pädagoge auf diesem Gebiet erworben hat.

Die Sommeroper im Alberttheater Dresden hat nun zum dritten Male seine Sommeroper bekommen: Direktor Leopold Böschke ist diesmal der unternehmende Geist. Man hat früher schon von seiner erfolgreichen Wagner Oper gehört. Was er aber jetzt für Dresden anstellt ist geradezu darauf angelegt, in Wettbewerb mit unserer Staatsoper zu treten. Da soll einmal die Berliner Staatsoper und Generalmusikdirektor Kleiber gastieren. Da soll der berühmteste italienische Bariton Pasticini vor den Dresdenern erstmalig als Bühnenkünstler wirken; da soll Wassmann, der Komponist der „Sizilianische Vesper“, sein neuestes Werk zur deutschen Aufführung bringen. Mögen sich die Hoffnungen erfüllen!

Der Anfang wurde am Freitag gemacht. Ricca's Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ kam an einer in jeder Weise gerundeten Aufführung. Dabei können, so wurde mitgeteilt, nur ganz wenige Freies möglich gewesen. Nun, bei einem Stab so guter Solisten: allen voran der von der Altstädter Oper noch unterregent Pottmayer als Falstaff, bei einem an Opernleistungen gewöhnten Chor (Schweitzer Oper) und einem erstklassigen Sinfonieorchester, wie es das Berliner Orchester-Dresdener ist, konnte man schon etwas Gutes erwarten. Der herrliche Auftakt zur Oper, die berühmte melodienreiche Overture, war schon ein Ohrschmaus für sich. Kapellmeister Hans Wera macht zwar mehr Körperbewegungen als nötig sind, aber er hat Temperament und Geschma. In wunderbarer Zartheit liegt die Stimmung der Glimmerwelt aus, dann in größter Schmissigkeit das prächtige Leben mit dem die Opernluft durchweht, anflutet zu lassen. Die übrigen Solisten waren alle am rechten Plage verwendete. Die Glimmerwelt hat, seitdem wir sie nicht mehr haben, an gefälliger und darstellerischer Routine ganz außerordentlich gewonnen. Stimmlich spielte Elisabeth Betschka trefflich zu ihr. Sophie Schneider war als Jungfer Anna etwas zu französisch, ihr Sopran aber wirkte jugendlich frisch. Amgemäß berührte der ausgezeichnete Tenor Hans Dima nos (Anton). Jean Ernst als Plautus war nicht der launisch eiermüde, äußerlich vollkommene Charakter, sondern mehr der betörende, für ihn lebende. In Einzel Darstellungen glaubte man die Aufführung. Herbert Winkler, in der kleineren Rolle des Reich, erfüllte die von dieser Partie geforderten, gewöhnlichen Aufgaben für Spiel und Szenarie halbe F. W. Seigler gefogt. Wir den für die Schule typischen Körperbewegungen boten

### Leben • Wissen • Kunst Jaques Dalcroze

Zum 60. Geburtstag des Begründers der rhytmischen Gymnastik

Als Komponist ein Pädagoge unter vielen, hat sich der Schweizer Jaques Dalcroze als weitrührender Reusdöpfer und wegwiesender Führer auf dem von ihm erstmalig betriebenen Reuion der rhytmischen Gymnastik einen Namen gemacht, der den Anbruch einer neuen Epoche der Kultur des Tanzes um Dienste musikalischer Ausdeutung begründet.

Dalcroze ging von dem Grundgedanken aus, die künstlerische Augenberührung durch Beeinflussung der leichtempfindlichen Vibration des Sinnes und rhytmischen getragenen Gebärden viel zu reformieren. Dessen Zweck dienten zunächst seine zahlreichen, dem kindlichen Vorstellungsvermögen vorzüglich angepassten „Chansons romanesques et enfantines“, nach denen die kleinen launige und ernste Szenen jüngerer darzustellen hatten. Als Dalcroze zum erstenmal die kleinen „Chansons“ seiner musikalischen Elementarlehre dazu ansetzte, ihre Zwecke nach dem Rhythmus der schwingenden Melodie zu regeln, dachte er wohl kaum daran, daß er mit diesen Elementarübungen die Grundamente einer Erziehungs-methode legte, die in der Folge in der „dehnbaren musikalischen Plastik“ seiner rhytmisch-gymnastischen Reform gipfelte. In ihrem Grundgedanken läßt diese Reform daraus hinaus, Musik unter Zuhilfenahme aller Mittel des mimischen und plastischen Ausdruckvermögens des menschlichen Körpers in harmonischer, vom Geist der Schöpfer beherrschter Tätigkeit und Formensinnlichkeit aufzulösen, um so den freiesten Gesalt der Musik durch bewegte Gestalt und den ersten Schwung der plastischen Schönheitstöne zu bildungsfähiger Wirkung zu bringen. Dieses letzte Endziel auf dem Wege der systematischen Erziehung zum Verständnis und zur Erleichterung des musikalischen Verhaltens wurde von Dalcroze in mehr als zwanzigjähriger intensiver Arbeit auf Grund einer reichen pädagogischen Erfahrung und der tiefen Erkenntnis der Zusammenhänge zwischen Kunst und Bewegungstherapie erreicht. Er konnte nur erreicht werden von einem Pädagogen seines Schlages, dem auf Genuß und Trutz der knapsterische Kunstler führend und beherztend zur Seite steht.

Dalcrozés neuartige musikalische Formgebung im Rahmen der rhytmischen Tanzgestaltung weist, wie die Schöpfer in dem

enzyklopädischen Handbuch seines Systems ausführlich, dem Körper die Vermittlerrolle zwischen Ton und Gedanken zu, so daß der Körper geradezu das mittelbare Ausdrucksinstrument untes Fühlens und Denkens wird. Demzufolge soll schon das Kind in der Schule nicht nur richtig und im Takt singen und spielen lernen, nein, es soll vor allem dazu angehalten werden, Musik nicht ausschließlich mit dem äußeren Ohr zu hören, sie vielmehr in sich aufzunehmen und seinem ganzen Wesen anzugleichen. Kurz, die Musik soll klanglos in einem freiesten Zentrum aufgespeichert werden, das seinerseits wieder durch die im Raum waltende Bewegung verstärkte Antriebskraft erhält. Dalcrozés „dehnbare Plastik“ ist nicht damit den umgekehrten Weg der vor ihm geübten Tanzkunst ein, die Musik durch das Pathos der raumgestaltenden Gestalt zu illustrieren sucht. Die musikalische Melodie löst hier die plastische Gebärde aus, die ihrerseits wieder als Melodie im Raum rhytmisch dahinzieht.

In seiner „Methode der rhytmischen Gymnastik“, einem Meisterwerk der musikalisch-choreographischen Pädagogik, hat Jaques Dalcroze eine bis ins kleinste ausgearbeitete Theorie seines Reformwerks aufgestellt, die er dann in der seinen Namen tragenden Bildungsanstalt Hellerer bei Dresden als Leiter und Begründer der Anstalt in die Praxis umsetzte. Ingezügelter Schüler der Hellerer Anstalt, die neben ihren Sitz nach Schloss Wahrenburg bei Wien verlegt hat, zeugen für die künstlerischen Wert-eigenschaften der Dalcrozéschen Erziehungsmethode zum und durch den musikalischen Rhythmus und wirken heute überall als Lehrer im Sinne des Meisters, dessen lyrisch-plastische Kunstreform sie weiter auszubauen bemüht sind.

Jaques Dalcroze, der französische Abstammung ist, wurde am 6. Juli 1865 in Wien geboren. Schulle, Universität und Kon-servatorium besuchte er in Genf, lehrte er dann nach Wien zurück, um bei Robert Schuch und Anton Bruckner Komposition zu studieren. Nachdem er in Paris bei Delibes seine Studien beendet hatte, folgte er im Jahre 1892 einem Ruf als Theaterlehrer an das Konservatorium zu Genf. Hier fand er als Dichterkomponist vaterländischer Reizspiele den Reich seiner schweizerischen Landsleute und gewann sich mit einer Reihe von Opern, Kammermusikwerken, Sinfonie-Konzerten, Klavierkonzerten und Reden auch in der weiteren musikalischen Welt den Ruf eines begabten geschmackvollen Tonsetzers. Im Jahre 1898 trat er dann mit seinen Studierenden und den ihnen erarbeiteten „Chansons romanesques et enfantines“ den Weg, der ihn zum Ausbau seines rhytmischen Erziehungs-systems führte. Felsen und Erbscheidung, Aufgaben und Ziele dieser Erziehungsreform hat Jaques Dalcroze in seiner gehaltvollen „Methode der rhytmischen Gymnastik“ in musterbildiger



# Am Wendepunkt

In unserer Politik ist keine Wandlung eingetreten, erklärte Kamenew auf dem kürzlich abgeschlossenen russischen Sowjetkongress. Aber diese Erklärung, ebenso wie der ganze Ton der Reden von Kamenew und Sinowjew, ist nichts anderes als ein verdeckter polemischer Vorstoß gegen ihre Gegner, die sich um Stalin gruppieren. Gleichsam als Antwort auf die Erklärungen der beiden Freunde, die eine „linke Linie“ vertreten, veröffentlicht der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, Rykow, seine Rede auf demselben Sowjetkongress unter der demonstrativen Überschrift „Am Wendepunkt“.

Dies spielt sich einerseits ab, wo der verstellte Kampf der „linken“ Parteien, die sich mit dem Kampf der Stürmungen in der kommunistischen Partei deckt, die strengen Rahmen der Zensur durchdringt.

Wer hat nun recht, Kamenew oder Rykow? Formell wohl Kamenew. Denn alle jetzt unternommenen Schritte zur Förderung der Interessen der Großbauern, der Kleinrentner, der Privatrentner und der Kapitalisten stellen im Grunde genommen nichts anderes dar als die weitere Fortsetzung der „Neuen Wirtschaftspolitik“ vom Jahre 1921. Aber wenn an Stelle der Hoffnungen auf die Risikierung der Bauernschaft auf dem Niveau der Mittelbauern, die ausschließlich mit den Kräften ihrer eigenen Familie arbeiten und nur geringe Ueberflüsse auf den Markt werfen können, als die Aufgabe der Sowjetmacht die Befestigung der Großbauernwirtschaft proklamiert wird; wenn an Stelle der bisher kaum geduldeten Bodenreform die Verstaatlichung von Ländereien ebenso wie die Lohnarbeit in der Landwirtschaft und in der Heimindustrie gefordert wird; wenn der private Händler, der bisher nur als kleiner Agent des staatlichen und genossenschaftlichen Handels geduldet und bei der geringsten Ueberreizung dieser Grenzen nach Sibirien verbannt wurde, jetzt als notwendiger Faktor des Warenverkehrs proklamiert wird; und wenn schließlich der private Unternehmer, dem bisher nur das Führen kleiner Betriebe gestattet wurde, jetzt das Recht erhält, industrielle Betriebe zu gründen, so spielt sich hier ein so offensichtlicher „Uebergang der Quantität in die Qualität“ ab, daß man ihn nicht anders als eine scharfe Wandlung bezeichnen kann.

Bisher konstruierten die Bolschewisten das folgende Schema: Wir bauen eine kommunistische Wirtschaft auf und gestalten, soweit es die Forderung ist, in äußerster beschränkter Umfang die individuelle Wirtschaft auf dem flachen Lande und die Tätigkeit des kleinen Privatrentners und Unternehmers in der Stadt. Jetzt hat sich dieses Schema radikal geändert. Jetzt ist zur Verhinderung der Wahrung des gesamten Wirtschaftslebens als notwendig anerkannt worden, „den Warenmarkt zu entfallen“. Wie der Sekretär des kommunistischen Zentralkomitees, Malotow, in seinem Bericht verkündete, wollen die Kommunisten „die kapitalistischen Beziehungen im Dorfe und im ganzen Lande entzweigen“, um danach mit Hilfe der „sozialisierten“ Staatsindustrie den Kapitalismus im freien Konkurrenzkampf zu besiegen. Die Hoffnungen auf einen solchen Sieg stützen sich darauf, daß in Rußland angeblich die „Diktatur des Proletariats“ besteht.

Man braucht wohl kaum besonders darauf einzugehen, daß die nationalisierte Industrie in Rußland ihrem ganzen Aufbau nach in keiner Weise als sozialisierte Industrie betrachtet werden kann, und daß die Diktatur der kommunistischen Partei mit „der Diktatur der Arbeiterklasse“ sehr wenig gemeinsam hat. Unter diesen Umständen sind die Aussichten der nationalisierten Industrie auf einen Sieg über die Privatindustrie bei freiem Wettbewerb sehr gering. Die Hauptbedingung der intensiven Bemühungen der Sowjetregie-

tion, das Privatkapital für die Beteiligung an Industrie und Handel in Rußland zu gewinnen, besteht darin, daß die Regierung keine Mittel hat, um Industrie und Handel auf der jetzt erreichbaren Höhe (60 bis 80 Proz. der Vorkriegshöhe) zu halten. Nach den Hoffnungen der bolschewistischen Wirtschaftspolitik selbst ist es für die nationalisierte Industrie jetzt eine Lebensfrage, daß die Betriebe ummontiert werden, da die Gebäude zerfallen, die Maschinen und Kesselanlagen veraltet sind, die Rohstoffvorräte erschöpft sind usw. Hierzu sind nach den Berechnungen des Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates, Dzerzjinski, mindestens 3½ Milliarden Goldrubel erforderlich. Hierzu folgt, daß die verstaatlichte Industrie gar nicht daran denken kann, das Privatkapital im freien Wettbewerb zu besiegen. Vielmehr kann in nächster Zukunft erwartet werden, daß eine umfassende Denationalisierung der Industrie vorgenommen wird, und so weit wir unterrichtet sind, werden beträchtliche Entwürfe bereits in den Sowjetkassen ausgearbeitet.

Was nun die Diktatur betrifft, so fangen die Bolschewisten an, selbst einzusehen, daß zur „Entfestigung der kapitalistischen Beziehungen in Stadt und Land“, die für sie eine ökonomische Notwendigkeit geworden ist, andere Rechtsnormen erforderlich sind als jene, die unter der Herrschaft der B.S.W., der heutigen Partei, vorherrschend sind. Wir haben in letzter Zeit aus dem Munde führender Bolschewisten (Stalin, Malotow, Rykow, Kamenew u. a.) Erklärungen gehört, es sei notwendig, eine „Gesetzlichkeit“ zu schaffen, den „administrativen Druck“ auf die Bevölkerung einzustellen, die Sowjets zu beleben, die Sowjetmächten in einen Akt des „politischen Kampfes“ zu verwandeln, ja sogar für die „Unabhängigkeit der Gewerkschaften“ zu sorgen. Anders erinnern aber diese kämpferischen Versuche, eine rechtliche Basis für die Entfaltung der kapitalistischen Wirtschaft unter völliger Aufrechterhaltung der Diktatur der kommunistischen Partei zu schaffen, an die Bemühungen, die Quadratur des Kreises zu leisten.

Die unabweisbaren Bedürfnisse der ökonomischen Entwicklung werden sich jedoch schließlich durchsetzen. Die Diktatur kann diese Entwicklung verlangsamen und verzerrten, sie kann sie für die arbeitenden Massen sehr schmerzhaft gestalten, aber sie ist außerstande, sie aufzuhalten. Weicht die Diktatur der kommunistischen Partei auch bei der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft in Rußland erhalten, so wird sie in zunehmendem Maße bloß dem Namen nach kommunistisch sein, während sie sich in Wirklichkeit in eine Agentur der sich unter ihren Fittichen entwickelnden bürgerlichen Klassen in Stadt und Land verwandelt wird. Und wenn unter dem Druck dieser Klassen — lautlos oder auf dem Wege des Staatsstreiches — die kommunistische Diktatur die Hülle des Staates spielen wird, so wird eine völlig neue Gesellschaft zum Vorschein kommen, in der alles Recht auf der Seite der Besitzenden und alle Rechtslosigkeit auf der Seite der werktätigen Massen sich erweisen wird. Das wird dann die Krönung der bonapartistischen Umgestaltung der Sowjetmacht sein.

Die russische Sozialdemokratie stellt sich selbstverständlich nicht das utopische Ziel, gegen die kapitalistische Entwicklung der russischen Wirtschaft anzukämpfen, die unabweislich geworden ist. Sie kämpft aber im Interesse des Proletariats dafür, daß diese Entwicklung sich nicht in dem für die Massen am besten geeigneten Rahmen des Bonapartismus, sondern in den Verhältnissen der Freiheit und der Demokratie vollzieht. Ihre Bemühungen sind darauf gerichtet, eine Organisation des russischen Proletariats zu schaffen, die fähig wäre, in den bestimmten Phasen der Liquidation der bolschewistischen Diktatur einzugreifen.

I. H. Dan

**das Durcheinander der Regierungsparteien**  
 So groß ist die Aufregung über die Erklärung des Reichsanwalters, daß die Erklärung des Reichsanwalters noch so jenseitig möglich mit dem Reichsanwalt erfolgen soll. (Abg. Stöcker (Komm.)) beantragt, den Reichsanwaltminister zu beauftragen, den Reichsanwalt zu rufen, um die Gründe der Regierung für die Einberufung der Debatte zu hören.

**Abg. Fehrenbach (Zentr.)** fragt den im Saale befindlichen Reichsanwaltminister, ob nach seiner Ansicht eine Abänderung der Rolle über den Sicherheitsakt in Frage käme, bevor der Reichsanwalt mit dem Kabinett einig sei, und seine Erklärungen dem Reichsanwaltminister übergeben habe.

**Reichsanwaltminister Braun:** Der Herr Reichsanwalt und der Herr Reichsanwaltminister sind gegenwärtig nicht in Berlin. (Abg. Stöcker (Komm.)) „Die haben sich gedrückt!“ Ich bin aber davon überzeugt, daß der Reichsanwalt bereit ist, mit den Fraktionen in den nächsten Tagen Abklärung zu nehmen. Die Angelegenheit wird nicht beschloffen werden, bevor diese Abklärung stattgefunden hat.

**Der Herr Reichsanwaltminister** ist gegenwärtig nicht in Berlin. (Abg. Stöcker (Komm.)) „Die haben sich gedrückt!“ Ich bin aber davon überzeugt, daß der Reichsanwalt bereit ist, mit den Fraktionen in den nächsten Tagen Abklärung zu nehmen. Die Angelegenheit wird nicht beschloffen werden, bevor diese Abklärung stattgefunden hat.

Das Haus lobt dann gegen die Stimmen der Linken, Sozialdemokraten und Kommunisten den Antrag ab, am nächsten Montag die außerpolitische Debatte stattfinden zu lassen. Die Entschlüsse des Reichsanwalters sind erst nach den angeführten Erklärungen der gleichen Stimmen, noch mit Einschluß der Demokraten, vor Antrag Senning (Wilt.), keinesfalls die Rolle über den Sicherheitsakt abzuändern, bevor die Angelegenheit am Reichstage festgemacht hat. Unter Ablehnung aller anderen Anträge beschloß das Haus die nächste Sitzung erst am Mittwoch stattfinden zu lassen.

**Beratung des Gesetzentwurfs über den Ausbau der Angestelltenversicherung.**  
 Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

**Abg. Anshäuser (Soz.):**  
 Seit 1924 haben wir zwar eine Stabilisierung der Währung, aber wir haben noch keinen Aufbau der Sozialpolitik. Sozial ist es nicht die Interessen der Agrarier und Industriellen, sondern die Interessen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Soldaten der Lage der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Soldaten vor uns jetzt vorliegende Gesetzentwurf zeigt, daß von der bei der Hindenburg-Wahl versprochenen „Mittlung“ nichts verwirklicht ist. Die Vorlage sieht nur ein wenig an der Angestelltenversicherung her, sie bringt keine wesentliche Verbesserung. Die sozialdemokratische Fraktion hat nun einen Antrag gestellt, nach dem die Wirkung eine Erhöhung der Renten aus der Invalidenversicherung um monatlich mindestens 10 M. für den Empfänger der Invaliden-, Witwen- oder Waisenrente, und um monatlich mindestens 5 M. für den Empfänger einer Waisenrente erfolgen soll. Die Mittel dafür sind in erster Linie durch Reichsaufschlag zu decken und nur der dann noch etwa verbleibende Restbetrag durch Erhöhung der Beiträge. Auch bei dieser Vorlage sehen wir, daß die Bemühungen die Einnahmen erhöhen will, indem sie die Lasten auf die schwächsten Schichten zu legen sucht. Wer das Geld unter den Arbeitern frant, der wird sich dagegen wenden müssen, daß ihre Arbeitskraft in unentgeltlicher Weise gestiegen wird. Wenn die Fraktionen über die schweren sozialen Lasten klagen, die im Lande gar nicht so hoch sind, wie sie es immer darstellen, so muß man doch auf der anderen Seite berücksichtigen, daß der Kommunisten Arbeiter und Angestellten nicht höher, der Nationalsozialisten Arbeiter und Angestellten, dagegen müssen sie höhere Beiträge zahlen. (Die Fraktion der Sozialdemokraten) Wo steht der Aufbau in der Versicherung in Bezug auf das Heilverfahren? Es ist noch immer die Hälfte der Inanspruchnahme. Wir verlangen, daß es organisatorisch ausgebaut wird und auch bei der Invalidenversicherung das gleiche Kollegium geschaffen wird. Wir können uns damit begnügen, daß einige Paragraphen verbessert werden, wenn wir verlangen in der Angestelltenversicherung ganze Arbeit. Die Stabilisierung der Wirtschaft, die seit 1924 versucht wird, muß endlich in der Sozialgesetzgebung festen Fuß fassen. In dieser Hinsicht werden wir im Ausschusse arbeiten und durch eine Verbesserung der Vorlage einen wirklichen Ausbau der Angestelltenversicherung zu erreichen suchen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Seit 1924 haben wir zwar eine Stabilisierung der Währung, aber wir haben noch keinen Aufbau der Sozialpolitik. Sozial ist es nicht die Interessen der Agrarier und Industriellen, sondern die Interessen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Soldaten der Lage der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Soldaten vor uns jetzt vorliegende Gesetzentwurf zeigt, daß von der bei der Hindenburg-Wahl versprochenen „Mittlung“ nichts verwirklicht ist. Die Vorlage sieht nur ein wenig an der Angestelltenversicherung her, sie bringt keine wesentliche Verbesserung. Die sozialdemokratische Fraktion hat nun einen Antrag gestellt, nach dem die Wirkung eine Erhöhung der Renten aus der Invalidenversicherung um monatlich mindestens 10 M. für den Empfänger der Invaliden-, Witwen- oder Waisenrente, und um monatlich mindestens 5 M. für den Empfänger einer Waisenrente erfolgen soll. Die Mittel dafür sind in erster Linie durch Reichsaufschlag zu decken und nur der dann noch etwa verbleibende Restbetrag durch Erhöhung der Beiträge. Auch bei dieser Vorlage sehen wir, daß die Bemühungen die Einnahmen erhöhen will, indem sie die Lasten auf die schwächsten Schichten zu legen sucht. Wer das Geld unter den Arbeitern frant, der wird sich dagegen wenden müssen, daß ihre Arbeitskraft in unentgeltlicher Weise gestiegen wird. Wenn die Fraktionen über die schweren sozialen Lasten klagen, die im Lande gar nicht so hoch sind, wie sie es immer darstellen, so muß man doch auf der anderen Seite berücksichtigen, daß der Kommunisten Arbeiter und Angestellten nicht höher, der Nationalsozialisten Arbeiter und Angestellten, dagegen müssen sie höhere Beiträge zahlen. (Die Fraktion der Sozialdemokraten) Wo steht der Aufbau in der Versicherung in Bezug auf das Heilverfahren? Es ist noch immer die Hälfte der Inanspruchnahme. Wir verlangen, daß es organisatorisch ausgebaut wird und auch bei der Invalidenversicherung das gleiche Kollegium geschaffen wird. Wir können uns damit begnügen, daß einige Paragraphen verbessert werden, wenn wir verlangen in der Angestelltenversicherung ganze Arbeit. Die Stabilisierung der Wirtschaft, die seit 1924 versucht wird, muß endlich in der Sozialgesetzgebung festen Fuß fassen. In dieser Hinsicht werden wir im Ausschusse arbeiten und durch eine Verbesserung der Vorlage einen wirklichen Ausbau der Angestelltenversicherung zu erreichen suchen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Seit 1924 haben wir zwar eine Stabilisierung der Währung, aber wir haben noch keinen Aufbau der Sozialpolitik. Sozial ist es nicht die Interessen der Agrarier und Industriellen, sondern die Interessen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Soldaten der Lage der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Soldaten vor uns jetzt vorliegende Gesetzentwurf zeigt, daß von der bei der Hindenburg-Wahl versprochenen „Mittlung“ nichts verwirklicht ist. Die Vorlage sieht nur ein wenig an der Angestelltenversicherung her, sie bringt keine wesentliche Verbesserung. Die sozialdemokratische Fraktion hat nun einen Antrag gestellt, nach dem die Wirkung eine Erhöhung der Renten aus der Invalidenversicherung um monatlich mindestens 10 M. für den Empfänger der Invaliden-, Witwen- oder Waisenrente, und um monatlich mindestens 5 M. für den Empfänger einer Waisenrente erfolgen soll. Die Mittel dafür sind in erster Linie durch Reichsaufschlag zu decken und nur der dann noch etwa verbleibende Restbetrag durch Erhöhung der Beiträge. Auch bei dieser Vorlage sehen wir, daß die Bemühungen die Einnahmen erhöhen will, indem sie die Lasten auf die schwächsten Schichten zu legen sucht. Wer das Geld unter den Arbeitern frant, der wird sich dagegen wenden müssen, daß ihre Arbeitskraft in unentgeltlicher Weise gestiegen wird. Wenn die Fraktionen über die schweren sozialen Lasten klagen, die im Lande gar nicht so hoch sind, wie sie es immer darstellen, so muß man doch auf der anderen Seite berücksichtigen, daß der Kommunisten Arbeiter und Angestellten nicht höher, der Nationalsozialisten Arbeiter und Angestellten, dagegen müssen sie höhere Beiträge zahlen. (Die Fraktion der Sozialdemokraten) Wo steht der Aufbau in der Versicherung in Bezug auf das Heilverfahren? Es ist noch immer die Hälfte der Inanspruchnahme. Wir verlangen, daß es organisatorisch ausgebaut wird und auch bei der Invalidenversicherung das gleiche Kollegium geschaffen wird. Wir können uns damit begnügen, daß einige Paragraphen verbessert werden, wenn wir verlangen in der Angestelltenversicherung ganze Arbeit. Die Stabilisierung der Wirtschaft, die seit 1924 versucht wird, muß endlich in der Sozialgesetzgebung festen Fuß fassen. In dieser Hinsicht werden wir im Ausschusse arbeiten und durch eine Verbesserung der Vorlage einen wirklichen Ausbau der Angestelltenversicherung zu erreichen suchen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

## Eine Schlacht nationalistischer Studenten

W. Tübingen, 4. Juli. (Eig. Drahtber.) Anlässlich eines vom republikanischen Studententum in Tübingen veranstalteten Vortrages des Friedensfreundes Professor Gumbel, dem über, kam es zu einer schweren Ausschüttung nationalistischer Studenten. Sie wollten die Abhaltung des Vortrages verhindern. Schon vor Beginn der Veranstaltung wurde die zur Teilnahme an der Veranstaltung eingeladenen Gruppe Reutlingen des Reichsbanners, als sie in Stärke von 40 Mann auf Lastkraftwagen ankam, von Hunderten radikalistischer Studenten mit Schindeln empfangen. Im Saal kam es dann zu so heftigen Kämpfen, daß die Polizei den Saal mit Unterstützung des Reichsbanners räumte. Als dann die Veranstaltung auf Wunsch der Polizei in einem andern Saal fortgeführt werden sollte, wurde das Lokal von Hunderten von nationalistischen Studenten mit Pfeifentönen, Biergeschüssen, Steinwürfen, Holzschindeln und Flaschen bombardiert, so daß kein Fenster ganz blieb. Schließlich mußte die Feuerwehr alarmiert werden.

## Kleine politische Nachrichten

**Wen Hindenburg begrüßt**  
 D. Berlin, 6. Juli. (Eig. Drahtber.) Der Präsident der deutschen Republik, von Hindenburg, hat den schwärzwei-roten Kriegerbündeln, die am Sonntag in Reutruppen einen großen Nummern abhielten, in einem Telegramm die besten Wünsche und allen Teilnehmern kameradschaftliche Grüße übermittelt. Daß der Reichspräsident einer Veranstaltung von Republikanern ebenso glühwünschend gedenkt, ist noch nicht erzählt worden.

## Aus aller Welt

### Ein fünfstöckiges Gebäude eingestürzt

**Wien, 6. Juli.**  
 Das fünfstöckige Gebäude des Finanzministeriums in Wien stürzte am Sonntag in dem Augenblick ein, als in den Räumen des Hauses gerade der Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeit gefeiert wurde. An der Feier hatten 200 Personen teilgenommen, die sämtlich verletzt wurden. Vierzig der Betroffenen sind ihren Wunden bereits erlegen. Der Einsturz des Gebäudes wird darauf zurückgeführt, daß die Fundamente des Hauses durch Erdarbeiten, die in der Nähe ausgeführt werden, unterminiert wurden.

### Neues Erdbeben in Japan

Aus Japan werden zwei neue Erdbeben gemeldet, das eine von 2,30 Uhr und das andere von 4,30 Uhr nachts. Die Erdbeben ereigneten sich in Totomi, im südlichen Teil des japanischen Festlandes. Diese Stadt hat 26.000 Einwohner. Sie liegt im Distrikt des furchtbaren Erdbebens vom 24. Mai, das — wie erinnertlich — Hunderte von Menschen forderte. Die jetzigen Nachrichten bringen, daß zwei Städte von Häusern zerstört sind. Die Eisenbahnen wurden aufgehoben, aber das Verbleib geht, daß nicht der Totomi ein ganzer Zug verhängt wurde. Weitere Einzelheiten fehlen zur Zeit noch.

### Schweres Automobilunglück

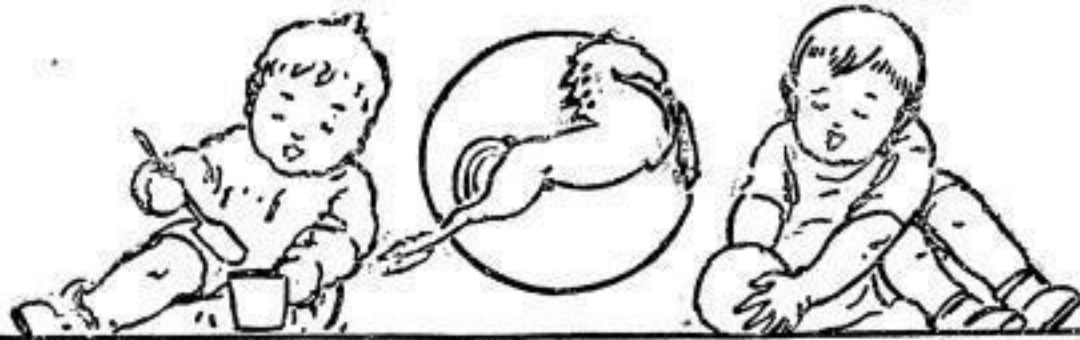
**Fünf Kinder getötet — Direktorin wahrscheinlich geworden**  
 Aus der bayerischen Stadt Durlach bei Bismarck wird gemeldet: Die Vorkehrerin einer Volkshochschule aus Bismarck wurde am Sonntag von einem schweren Automobilunfall in die Irre geführt. Die überrollte Maschine fuhr mit großer Geschwindigkeit einen Abhang herunter, als der Führer plötzlich die Herrschaft über das Steuer verlor. Der Wagen sauste hinab, überschlug sich, sämtliche Insassen blieben unter sich begraben. Mannschaften eines in der Nähe befindlichen Artillerieregiments eilten sofort zur Rettung herbei. Die zum Teil schwer verletzten Kinder wurden in die Krankenhäuser Bismarck übergeführt. Bei den meisten der Verunfallten zweifelt man an dem Wiederaufstehen. Sofort waren vier Schülerinnen sowie eine Lehrerin mit ihrem vierjährigen Schülchen. Die Direktorin, wie durch ein Wunder unverletzt geblieben, ist durch den Schrecken wahrscheinlich geworden und mußte in eine Irrenanstalt gebracht werden.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.

Der Entwurf sieht eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/2, aber auch eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 vor.





Während unseres Reise-Verkaufs

# KINDER-TAGE

Während wir die letzte Hand an unsere Reiseforbereitungen legen und Renners wohlfeile Reiseverkaufstage in ausgiebiger Weise ausnützen, vergessen wir nicht die Kleinen, die uns begleiten oder mit denen wir die heimatischen Naturschönheiten bewundern werden. Die Kindertage sind mit Absicht in unseren Reiseverkauf verflochten worden, um Eltern die Gelegenheit zu geben, auch der Kinderausstattung zu gedenken. Der Wahlpruch dieser Groß-Verkaufstage ist der alte geblieben: Gebiegene Qualitäten — kleine Preise!



Mädchen-Windjacke, in meliertem aus Reppstoff, mit aufgesetzten Taschen, für 12 bis 14 Jahre, M 11.- bis 8.75



Mädchenkleid, aus Wolle, blau-weiß gemustert, mit weichen Krage u. Seidenkrawatte, für 13 bis 14 Jahre, M 2.75



Mädchenkleid, aus rot-weiß gestreiftem, mit weichen Krage u. Seidenkrawatte, für 12 bis 14 Jahre, M 1.75



Mädchenkleid, aus gestreiftem Reppstoff, mit abgesetztem Hals, für 12 bis 14 Jahre, M 1.95, 1.25, -85

Mädchen-Spielhose aus blauem Satin, mit absteckendem Pöpel, für 2 bis 1 Jahr, M 1.95, 1.65, -95

Mädchenkleid aus hellrotem Zephelein, flecklose Form, mit angereichertem Rötchen u. bunter Stickerei, für 3 bis 1 Jahr, M 2.25, 1.95

Mädchenkleid aus gemüht. Baumwollmull, mit weitem Pöpel, flecklose Form, für 14 bis 4 Jahre, M 8.25 bis 2.25

Mädchenkleid aus gemüht. Baumwollmull, Reppform, mit Tische und Schleife, für 14 bis 4 Jahre, M 8.50 bis 2.50

Mädchenmantel aus meliert. Donegal, flotte Form, m. farb. Pöpel, f. 11-4 J., 9.50 bis 5.75

Mädchenmantel a. Impreg. Coovercoat, flotte Form, m. Gürtel, f. 14-2 J., 14.25 bis 6.75

Mädchenpelerine, impreg. Cadenstoff, m. abknöpf. Regenlarpe, f. 14-2 J., 20.- bis 8.75

Südwester aus dunklem Wachs, prunklicher Regenhut, M 1.50, -95

Knabenbluse aus weiß. Wachsstoff, zum Einnähen, Sportform, für 12-7 J., 5.50 bis 3.75

Knaben-Rittellanzug aus Wachsstoff, verschiedene Farben, für 4-2 J., M 8.25 bis 4.75

Knabenhose, Trügerform, aus braunem und grauem Wachsstoff, für 14-9 J., 8.25 bis 5.75

Knaben-Wachsjoppe aus Schilllein, mit aufgesetz. Taschen, für 14-9 J., durchschn. 5.90

Schlafhöschen, reiß. Form, zerfarbiger Schwelz, Kattun, Gr. 60 bis 2, für 3 Jähr., Gr. 00 5.20

Schlafhöschen, wgh. Panama, zerfarbig, Belag u. Hirtlich, Gr. 1 bis 6, für 5 Jähr., Gr. 1 4.75

Schlaf- u. Hausanzug für Mädchen, dunkelbunt. Schweiz. Kattun, Gr. 2 bis 6, Gr. 2 4.90

Schlaf- u. Hausanzug für Knaben, einfarbig, Zephelein, Gr. 2 bis 6, Gr. 2 8.-

Rinderföckchen mit Wolfrand, bunt, schottisch, geringelt, Gr. 9 bis 1, M 1.65 bis -85

Rinderföckchen mit apart gemüht. Wolfrand, braun, mode, grau, Gr. 9 bis 1, 1.60 bis -85

Rinderstrümpfe, fein gestrickt, vorzügl. W'olle, schwarz, leber, Gr. 11 bis 1, 1.45 bis -60

Rinderstrümpfe, dora. Baumwollse, fein gestrickt, grau u. beige, Gr. 11 bis 2, M 2.60 bis 1.35

Rinderbeutel aus imit. Lachleber, in rot, besonders preiswert, M -95

Rindertafche aus echt Leder, Beutelform, mit hübschem Bügel, M 2.75

Rindertafche aus pa. Leder, mit Lederfutter und Spiegel, besonders preiswert, M 2.95

Besuchstafche für größere Kinder, aus rotem Glanzkalfan, mit solidem Futter, M 5.50

Mädchenhemd, Trägerform, lollbes Hemdentuch, mit Barmer Bogen, besonders preiswert, Größe 80 cm 70 cm 60 cm 50 cm 40 cm 1.75 1.40 1.05 -80 -55

Mädchenhemd mit voller Achsel, aus vorzüglichem Renforce, mit harter Stickerei garniert, Größe 80 cm 70 cm 60 cm 50 cm 40 cm 3.- 2.55 2.10 1.70 1.25

Mädchen-Beinkleid aus solidem Hemdentuch, mit reizendem Stickerei-Polant, Größe 55 cm 50 cm 45 cm 40 cm 30 cm 3.- 2.70 2.40 2.10 1.50

Mädchen-Springhöschen, beliebte Form, in feinstäd. Hemdentuch, mit harter Stickerei reiz. garniert, Größe 45 cm 40 cm 35 cm 30 cm 25 cm 2.35 2.10 1.85 1.60 1.40

Mädchenkleid aus einfarbigem Wachsstoff, mit Pöpel und Knöpfen verziert, für 14 bis 4 Jahre, M 8.75 bis 2.75

Mädchenkleid aus weiß. gepuht. Woll, mit Einlag u. Knöpf., für 14-4 J., M 7.40 bis in hellroth. Woll, m. Stief., f. 12-5 J., 11.25 bis 7.50

Mädchenkleid aus weiß. gepuht. Woll, mit Einlag u. Knöpf., für 5-2 Jahre, 4.25 bis in farb. Woll, für 2 bis 1 Jahr, durchschn. M 5.90

Mädchen-Dirndkleid aus gebühtem Baumwollmull, mit Samtband und Spitze verziert, für 14 bis 2 Jahre, M 8.95 bis 2.95

Mädchenkleid aus Sedentritof, reizende Form, mit bunter Verzierung, für 3 bis 1 Jahr, M 5.25 bis 3.75

Märojenmütze, marineblau, mit Scherfband, M 2.75, 1.95, 1.35

Knaben-Sportmütze aus meliertem Stoff, M 2.50, 1.95, 1.60

Mädchenhut, impreg. Coovercoat, mit Quaste (mit Vorze u. buntem Stofftopf 4.75), M 2.50

Mädchenhut, Stockform, aus hellfarbiger Strohhüte, mit Seidenkrawatte, M 6.75

Knaben-Wanderbluse aus imp. Stoff, mit Schurverfälsch, für 14-9 J., M 6.50 bis 6.-

Knaben-Wanderhose aus imit. Wollleber braun und grau, für 14-8 J., M 8.- und Knaben-Windjacke aus imp. Stoffen, auslag. u. Rufftaschen, f. 14-9 J., 15.-, 12.50, 9.50

Knabenjoppe aus grünem Loden, mit 4 aufgesetz. Taschen, für 14-9 J., durchschn. 10.50

Rinder-Sweater, überred. Justsch. u. halb. Nermel, fröh. W'olltrifot, f. 12 bis 2 J., 2.- bis 1.50

Spielanzug, ap. Farb., fein. Wollse, überred. Auslag., halb. Nermel, für 4 bis 1 J., 11.- bis 8.50

Rinder-Klubweste, frische Farb., absteck. Belag, reine Wollse, für 13 bis 3 J., 12.75 bis 9.-

Strandföckchen für Mädchen, Randb., reine Wollse, türk. u. neutrot, 3 Größen, 7.50, 7.-, 6.75

Knabenschürze aus gestreift. Wachsstoff, in hellen und dunklen Streifen, 40 cm, M -55

Knabenschürze aus gutem Wachsstoff, mit bunten Bänderchen belegt, 40 cm, M -85

Knabenschürze aus gutem Wachsstoff, mit bunter Vorze u. 2 Taschen, 40-55 cm, -95

Mädchenhöschen aus mittelgestreiftem Wachsstoff, Hängerform, 40-55 cm, M -95

Schlagföck, prima offenes Eichenholz, unpoliert, in allen Längen vorrätig, 1.35, -85

Schlagball, Chrom- u. Rindleder, mit u. ohne Nabelschm., viele Ausführungen, 1.20, -95

Zurtrifot, la weißes Trifot, mit kurzem Nermel, Größe 3 M 1.95, Größe 1 M 1.50

Zurtrifot, aus Leinen, mit Chromlederhölze, zum Schnüren, alle Größen, M 2.75, 1.95

Mädchen-Hemdhose, volle Achsel, feinstäd. Renforce, ringsum mit Stickerei garniert, bei. preisw., Größe 90 cm 80 cm 70 cm 60 cm 50 cm 5.90 5.20 4.60 3.95 3.40

Mädchen-Hemdhose, Trägerform, in entzück. Ausführung, Stickerei eingestickt und Saumabschluss, Größe 90 cm 80 cm 70 cm 60 cm 50 cm 7.70 7.- 6.30 5.50 4.70

Mädchen-Prinzebrod mit voller Achsel, bewährte Qual., mit solch. Stickereipolant, bei. preisw., Größe 80 cm 70 cm 60 cm 50 cm 45 cm 6.50 5.50 4.75 4.- 3.60

Mädchen-Prinzebrod, Trägerform, vorzügl. Wachsstoff, mit reiz. Stickerei entw. garniert, Größe 80 cm 70 cm 60 cm 50 cm 45 cm 5.85 5.20 4.55 4.- 3.60

Mädchenkleid aus weiß. gepuht. Woll, mit Einlag u. Knöpf., für 14-4 J., M 7.40 bis in hellroth. Woll, m. Stief., f. 12-5 J., 11.25 bis 7.50

Mädchenkleid aus buntem Baumwoll-Marcain, flecklose Form, mit absteckendem Pöpel, für 14 bis 4 Jahre, M 8.50 bis 4.50

Mädchenkleid, Reppform, aus gemustertem Samt, mit farbigen Seidenpöpel verziert, für 3 bis 1 Jahr, M 5.75 bis 4.75

Mädchenkleid, blauer Raming, Scherlot, m. buntem Einlag u. Knöpf., f. 14-4 J., 13.75 bis in buntem Schottenstoff, f. 14-4 J., M 14.50 bis 8.50

Knaben-Spielanzug aus Zephelein, in verschiedenen Farben, für 2-1 Jahre, M -95

Knaben-Spielanzug aus schwarz-weiß gestreiftem Zephelein, für 4-2 Jahre, M 2.15 bis 1.65

Knabenhose aus dunklen Stoffen, mit Leibern, für 8-5 Jahre, durchschnitlich, M 1.85

Knaben-Einnäpfbluse aus glatt und gestreiftem Zephelein, für 12-5 J., M 2.95 bis 2.25

Knaben-Schlupfanzug aus meliertem Stoff, Matrosenträger, für 9-2 J., 15.- bis 12.-

Knabenanzug aus blauem Scherlot, Blütenform, für 9-3 Jahre, M 15.50 bis 13.-

Knabenmantel aus gut. schwarz. Loden, mit doppeltm. Koller, für 9-5 J., M 16.-, 13.75

Echt Kieler Anzug, blauer Wolfram, loke Matrosengarnitur, für 9-3 J., 27.50 bis 19.50

Strichhöschen, weiß. Baumwollse, mit Stoffband, für 6 bis 1 Jahr, M 2.80 bis 1.90

Mädchen-Schlüpfer, farbige Trifot, Größe 60 bis 40, M 1.10 bis -85

Hemdhose für Knaben u. Mädchen, weiß. vorz. W'olltrifot, Länge 100 bis 50, 4.- bis 2.40

Knaben-Unterhose, Kniefassung, gelb. Trifot, für 14 bis 8 Jahre, M 2.90 bis 1.95

Knabenschürze aus bestem einfarbigem und gestreiftem Wachsstoff, 40 cm, M 1.10

Knabenschürze aus blauem Wachsstoff, große Spieltasche, bunte Karbelei, 40 cm, M 1.50

Mädchenhöschen aus weißem gestreiftem Stoff, mit Vausfädelerei u. Hobbaum, 45 cm, M 1.60

Mädchenhöschen, neueste Form, aus buntem Satin, mit 2 Taschen, 40-55 cm, M 1.95

Rinderhöschen, rotes weich. Leder, m. einer Knopfbange, Gr. 20-22 M 4.50, Gr. 18-19 M 3.75

Rinderhöschen, festes braunes Leder, mit einer Knopfbange, Größe 31 bis 35, M 5.75

Knabensiefel, schwarzes Rindleder, 8.25

Knabensiefel, schwarz, schön. weich. Leder, hoher Schaft, reine Lederbearbeitg., 10.50

Mädchen-Nachthemd, Schlupfocem, kräftig. Hemdentuch, Halsauschnitt, Nermel mit Hobbaum, Gr. 110 cm 100 cm 90 cm 80 cm 70 cm 60 cm 3.40 3.15 2.90 2.60 2.55 2.10

Mädchen-Nachthemd, Schlupfocem, feinstäd. Renforce, mit harter Stickerei reiz. garniert, Gr. 110 cm 100 cm 90 cm 80 cm 70 cm 60 cm 5.90 5.40 4.90 4.30 3.95 3.60

Knabenhemd, feinstädiger Wachsstoff, beliebte Form, kurzer Nermel, offen und geschlossen zu tragen, Größe 80 cm 70 cm 60 cm 50 cm 40 cm 3.25 2.70 2.15 1.60 1.05

Knaben-Nachthemd, halbfrei, vorzügl. Renforce, mit buntem Wachsstoffchen, besond. preisw., Gr. 110 cm 100 cm 90 cm 80 cm 70 cm 60 cm 6.30 5.60 5.25 4.50 3.50 2.90



Knaben-Wanderanzug aus impreg. Stoff, langer Arm, für 14 bis 9 Jahre, M 11.- bis 9.75



Kieler Pyjama aus blauem Scherlot, mit Knöpfchen u. Nermel, für 8 bis 3 Jahre, M 16.- bis 12.-



Knabenanzug aus gestreift. Stoff, mit Knöpfchen u. Nermel, für 9 bis 2 Jahre, M 9.75 bis 6.75



Strotanzug mit schwarze Lederhose, Träger und Krawatte, für 3 Jahre, M 11.75

Unsere Kredit-Abteilung bietet erleichterte Zahlungsbedingungen / Auskunft: Rechnungs-Abteilung, direkter Zugang An der Kreuzkirche 9

# RENNER

Modehaus Dresden - Altmarkt 12



# Die Schiedsgerichtsentscheidungen in Sachsen

Die Urteile und Begründungen im Schiedsgerichtsverfahren gegen die 23 Landtagsabgeordneten sind nunmehr zur Veröffentlichung freigegeben worden. Sie lauten:

Im Laufe der Auseinandersetzungen innerhalb der sächsischen Partei sind eine Anzahl Ausschlußverfahren gegen Parteigenossen von den sächsischen Parteivorständen anhängig gemacht worden. Da es sich um die gleichen sächsischen Vorgänge handelt, verjuchte der Parteivorstand, die sämtlichen Ausschlußverfahren vor ein Schiedsgericht zu bringen. Das ist leider nicht gelungen, so daß vier Ausschlußverfahren — in Leipzig, Dresden, Chemnitz und Jena — einzeln entschieden werden mußten. Die Schiedsgerichte in Leipzig und Dresden haben bereits getagt.

In Dresden ist festgestellt worden, daß die formalen Bestimmungen des Organisationsstatuts nicht eingehalten worden sind. Die Ansicht der Schiedsrichter geht dahin, daß der Parteivorstand die Aufhebung des auf Ausschluß lautenden Parteivorstandsbeschlusses vornehmen möge, weil die antwortstellenden Organisationen und die von ihnen benannten Mitglieder die Erledigung des Ausschlußverfahrens vor einem statutenmäßig gebildeten Schiedsgericht unmöglich gemacht haben. — In Leipzig hat das aus dem Genossen Deist als Vorsitzendem und den Genossen Dörre, Döge, Frenzel, Höpke, Dahl und Siebold als Mitglieder zusammengesetzte Schiedsgericht folgende Entscheidung gefällt:

### Beschluß:

Der Beschluß des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei in Leipzig vom 17. Januar 1920, nach dem die Genossen Landtagsabgeordneten Otto Wegner, Meißner, Anton Döge, Leipzig, Hermann Müller, Leipzig, und Friedrich Strube, Bismarck, aus der Partei ausgeschlossen werden, wird aufgehoben. Die genannten Genossen bleiben Mitglieder mit vollen Rechten. Diese Entscheidung wurde mit 4 gegen 3 Stimmen der Genossen Döge, Frenzel und Dörre angenommen.

### Begründung:

Die vom Ausschlußbescheid betroffenen Genossen haben dem Beschluß der sächsischen Landesversammlung vom 26. Oktober 1920, zur Auflösung des sächsischen Landtags zu stimmen, damit gleichzeitig mit der Reichstagswahl am 7. Dezember die Landtagswahlen stattfinden könnten, nicht beigetreten.

Es war zu prüfen, ob die angeklagten Genossen damit gegen den § 28 des Parteistatuts vom Jahre 1904 verstoßen haben, nach dem der Ausschluß eines Mitglieds erfolgen kann, wenn es sich beharrlich dem Parteivorstand gegenüber weigert, an der Durchführung der Parteiarbeiten teilzunehmen, oder wenn es sich weigert, an der Parteiarbeit teilzunehmen, oder wenn es sich weigert, an der Parteiarbeit teilzunehmen.

Nachdem die Beurteilung der Handlungsweise der angeklagten Genossen, wie auch der Beschlußfassung der sächsischen Landesversammlung, ist eine Entscheidung des im Juni 1920 in Berlin stattgefundenen Reichsparteitag. Diese Entscheidung wurde auf Wunsch der vorberatenden Kommission und des Parteivorstandes des Reichsparteitages in Leipzig eingehend geprüft. Die Entscheidung wurde auf Wunsch der vorberatenden Kommission und des Parteivorstandes des Reichsparteitages in Leipzig eingehend geprüft.

1. die gekante sächsische Landtagsfraktion zu verhaften habe, daß während der kritischen Wählerkampagne, die sich an die Durchführung des Schiedsgerichtsverfahrens angeschlossen, die Regierung Sachsen in die Hände der Reaktion gerate;
2. bei der Auswahl der Landtagskandidaten die Stellung der einzelnen Parteigenossen in dem vergangenen Parteileben nicht gewertet werde, und daß, um dies sicherzustellen, die Aufstellung derjenigen Landtagskandidaten, die bereits beschloffen sei, den sächsischen Parteivorstand zu verlassen, nicht zur Entscheidung vorgelegt werde.

Daraus und aus dem ganzen Inhalt des Beschlusses des Berliner Parteitag ergibt sich, daß der Ausschluß des sächsischen Landtags genehmigt werden soll, sobald ein so günstiger Ausgang zu erwarten steht, daß das Bürgerturn nicht in der Lage sein wird, die Regierung für sich allein zu stellen, und sobald andererseits jene Einigkeit in der sächsischen Parteigenossenschaft hergestellt ist, die für einen erfolgreichen Wahlkampf Voraussetzung ist.

Die Verpflichtung, über gewisse Parteigenossen und jüngere Durchführer von Reichsparteitagbeschlüssen zu wachen, liegt in erster Linie dem Parteivorstand in Berlin ob. Er muß also von sich aus prüfen, ob die sächsischen Parteigenossen und auch die sächsische Landesversammlung im Geiste des Beschlusses des Berliner Parteitag gehandelt oder nicht. Derselbe selbständige Prüfung war aber auch Aufgabe der sächsischen Abgeordneten, denn sie sind nach § 28 des hier angeführten Parteistatuts verpflichtet, nach dem Reichsparteitag neben den Landesparteivorständen auch dem Reichsparteitag verantwortlich. Es war, besonders nachdem mit Zustimmung der sächsischen Genossen die Angelegenheit vor das Forum des Reichsparteitages gebracht worden war, nicht mehr das ausschließliche Recht der sächsischen Landesversammlung, den Zeitpunkt für die Auflösung des sächsischen Landtags zu bestimmen. Auch die Landesversammlungen müssen sich bei ihrer Entscheidung innerhalb des Rahmens bewegen, der ihnen vom Reichsparteitag gezogen ist.

Es war der Parteivorstand der Meinung, daß die Voraussetzungen, die der Reichsparteitag für die Auflösung des sächsischen

Landtages gestellt hat, nicht erfüllt waren, denn er sah den Beschluß der sächsischen Landtagsfraktion zu empfehlen, den Antrag auf Auflösung des Landtages erst zu stellen und von andern Seiten gestellten Anträgen auf Auflösung erst zuzustimmen, nachdem die Dresdener Vereinbarungen durchgeführt sind und dadurch die Sicherheit für einen einseitigen und geschlossenen Landtagswahlkampf gegeben ist. Die 23 Landtagsabgeordneten, gegen welche sich das Ausschlußverfahren richtete, waren derselben Meinung, und zwar mit Recht. Die Voraussetzungen, die der Reichsparteitag für die Auflösung des sächsischen Landtages gestellt hatte, waren nicht erfüllt.

Es liegt danach nicht ein offener Verstoß gegen klare und unmissverständliche Beschlüsse des Reichsparteitages vor, wie es erste Voraussetzung für die Berechtigung des Parteivorstandes des Reichsparteitages ist, sondern es handelt sich lediglich um verschiedene Auffassungen in der Wahl des Zeitpunktes, an welchem der sächsische Landtag aufgelöst werden sollte. Wegen der andersartigen Auffassung und Handlung der Angeklagten kann man niemals 23 Mitglieder mit unbefristeten Verbotsmaßnahmen um die Partei aus der Partei hinauswerfen.

Gerade die Pflicht, die demokratischen Grundsätze unter allen Umständen anzuwenden, erfordert es, daß der Wille des Reichsparteitages in erster Linie geachtet wird und Landesversammlungen nicht von den Richtlinien des Reichsparteitages abweichen. Die Demokratie würde in ihr Eigentum verkehrt und es würde in der Partei ein zerstörender Partikularismus aufkommen, wenn nicht unter allen Umständen der Wille des Reichsparteitages als höchstes Gesetz gilt.

Von den Vertretern, die den Ausschluß beantragten, wird geltend gemacht, der Parteivorstand habe, als er der sächsischen Landtagsfraktion empfahl, den Antrag auf Auflösung des Landtages nicht zu stellen, den Beschluß des sächsischen Landtages in aller Form zu verurteilen müssen. Das war in diesem Falle nicht erforderlich. Es genügt nach Lage der Sache, daß der Parteivorstand, der die Reichsparteitagbeschlüsse auszuführen oder die Ausführung zu überlassen hat, zum Ausdruck brachte, daß die vom Parteitag angeordneten Voraussetzungen nicht erfüllt seien. Es ist auf den Inhalt der Parteivorstandsbeschlüsse nicht auf die Form, das Hauptgewicht zu legen.

Der vom Vorstand des Leipziger Bezirks auf Ausschluß gefasste Beschluß war ein Fehlgriff. Die Handlungsweise der vom Ausschluß betroffenen Genossen ist nicht moralisch zu werten und demnach nicht zu bestrafen, sondern sie ist rein politisch zu beurteilen. Sie gehört nicht vor ein Schiedsgericht, sondern vor den Reichsparteitag. Um den Fehlgriff wieder gutzumachen und die ganze Angelegenheit wieder auf das richtige Geleis zu bringen, mußte der Beschluß des Parteivorstandes aufgehoben werden.

Der Wille der Mehrheit muß zur Geltung gebracht werden. Das wird und kann auch in Sachsen geschehen, wenn die Zeit zum Handeln im Einvernehmen mit dem Berliner Parteivorstand festgelegt und damit die Autorität der Reichspartei in Sachsen eingestuft worden wäre.

Die Begründung des Schiedspruches beweist, daß Genosse Deist als Vorsitzender des Schiedsgerichts über die Entwicklung des sächsischen Konflikts durchaus nicht unterrichtet ist. Wir betonen dies hierauf auf den heutigen Leitartikel und bemerken, daß es eine völlig irrtümliche Meinung des Genossen Deist ist, wenn er sagt, die 23 Landtagsabgeordneten, gegen die sich das Ausschlußverfahren richtete, wären mit Recht der Meinung des Parteivorstandes gewesen, daß die Voraussetzungen, die der Reichsparteitag für die Auflösung des sächsischen Landtages gestellt hätte, nicht erfüllt gewesen seien. Die Aussage des Abgeordneten Hagen vom Schiedsgericht beweist doch ausdrücklich, daß nicht politische, sondern persönliche Gründe für die Haltung der Fraktionsmehrheit entscheidend gewesen sind. Nachdem der Beschluß des Berliner Reichsparteitages vorlag, war die Plattform für ein gemeinsames Handeln auch im Sinne des Parteivorstandes geschaffen. Daß es dazu nicht kam, war durchaus nicht die Schuld der Fraktionsminderheit und der hinter ihr stehenden erdrückenden Mehrheit der sächsischen Parteimitgliedschaft, sondern vielmehr der Gegenseite. Auch wir sind der Meinung und haben das von jeher betont, daß der Wille der Mehrheit zur Geltung gebracht werden muß. Der Vorwurf aber, daß die sächsische Partei nicht den Weg gefunden habe, im Einvernehmen mit dem Parteivorstand die Zeit zum Handeln festzulegen, geht völlig an den Tatsachen vorbei. Gerade in dieser Beziehung hat die sächsische Organisation kein Mittel unterlassen. Gätten sich die 23 Abgeordneten dem Willen der Mehrheit untergeordnet und wäre die jegliche Entscheidung des Parteivorstandes früher gefallen, dann hätte sich der Konflikt nicht in dem Maße auswirken können, wie das tatsächlich geschehen ist. Ohne auf alle Einzelheiten der Begründung des näheren einzugehen, beweisen allein schon die hier angeführten Tatsachen, wie abwegig die Entscheidung des Schiedsgerichts ist.

# Sachsen

## Wofür die Regierung — kein Geld hat

SRK. Der Haushaltsplan A des sächsischen Landtags beschäftigte sich am Freitag zunächst mit einem Antrag der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit (Nr. 1407), der von der Regierung eine Wirtschaftsbekämpfung für die Beamten der Besoldungsgruppen I bis VI verlangte. Die Regierung erklärte, daß sie diesem Antrag nicht entsprechen könne, weil er dem § 2 des Besoldungs-Sperrgesetzes widerspreche. Waden habe seinen Beamten einmal die unteren Gehaltsstufen um 20 Prozent erhöht, die Reichsregierung habe aber dagegen Einspruch erhoben. Preußen hat auch die Wirtschaftsbekämpfung nicht gezahlt, sondern will nur bei der Reichsregierung dementsprechende Schritte unternehmen. Der Abgeordnete Schmirch zog darauf seinen Antrag zurück und brachte darauf folgenden Ersatzantrag ein:

Der Landtag wolle beschließen:  
1. Den Antrag Nr. 1407 (also seinen eigenen Antrag, D. Red.) abzulehnen.  
2. a) Der Landtag vermage der Auffassung der Reichsregierung, daß eine Aufbesserung der Beamtengehälter im gegenwärtigen Augenblick überhaupt unmöglich sei, angeht, über in weiten Kreisen der Beamtenenschaft herrschenden Notlage nicht beizutreten.

b) Die Regierung wird ersucht, im Einvernehmen mit den übrigen Ländern auf die Reichsregierung einzuwirken, daß unverzüglich zumindestens die Bezüge der wirtschaftlich schwächsten Beamten eine solche Aufbesserung erfahren, daß diese im Interesse der Dienstfähigkeit und der Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit von der drückenden Not befreit werden. Die Aufbesserung soll auch den Parteigenossenschaftlichen Parteigenossenschaftlichen und Parteigenossenschaftlichen in gleicher Lage zuteil werden.

3. Für den Fall, daß die Reichsregierung bis zur Vertagung des Reichstages eine Verringerung der Besoldungsordnung nicht durchgeführt hat, ist die Staatsregierung ermächtigt und ersucht, im Einvernehmen mit der Reichsregierung durch einseitige Maßnahmen der Notlage der Parteigenossenschaftlichen in den Gruppen I bis 6 in demselben Maße wie bei den Beamten des Reiches abzumildern.

Dieser Antrag ist eine Zusammenfassung der Anträge der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei. Der Vertreter der Demokraten erklärte, daß seine Partei den Weg der „Ungeheuerlichkeit“ auch nicht gehen könne. Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktionsminderheit wies dagegen darauf hin, daß man bei den Beamten erst Hoffnungen erweckt habe und sie nun im Stich lassen will. Der vorliegende Antrag sei weiter nichts, als eine Garnierung um Nichts. Die Beamten werden dadurch nur von neuem in Unruhe versetzt. Genosse Wedel ging dann auf den von der sozialdemokratischen Fraktionsminderheit gestellten Antrag ein, wonach den Angestellten und Arbeitern im öffentlichen Dienst eine Wirtschaftsbekämpfung von 100 R. zu gewährt sei. Dieser Antrag ist nach der Ansicht der Antragsteller nicht abhängig von der Zustimmung des Reiches. Der sächsische Staat kann, unabhängig von der Reichsregierung, diese Zulage für die Angestellten und Arbeiter bewilligen. Wenn es den Antragstellern mit der Wirtschaftsbekämpfung für die Beamten ernst gewesen ist, und wenn sie jetzt durch die Reichsregierung an der Durchführung ihres Antrages gehindert sind, dann müssen sie wenigstens dem durchführbaren Antrag der Minderheit zustimmen. Der Antrag wurde aber gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktionsminderheit und der Kommunisten abgelehnt.

Einem ähnlichen Schicksal verfiel ein anderer Antrag der sozialdemokratischen Fraktionsminderheit, der verlangte, daß der Landesbildungsgesellschaft sächsische 800 000 R. außer den bereits bewilligten Mitteln weitere 637 000 R. bewilligt werden sollen. Ein Abgeordneter der Fraktionsmehrheit erklärte, daß das Geld notwendig sei. Die bürgerliche Mehrheit aber, vor allem die Deutschnationalen, wandten sich gegen den Antrag, weil durch die Landesbildungsgesellschaft sächsische beim dem freien Baugewerbe eine zu große Konkurrenz erwachse.

Der Finanzminister Reibold warnte vor einer Überziehung des Etats. (Also scheint das Geld bei der großen Konjunktur bereits knapp zu werden? D. Red.) Die bisherigen Beschlüsse des Haushaltsausschusses A haben bisher eine Überziehung von ziemlich 12 Millionen ergeben! (Und das Finanzministerium hat doch immer zugestimmt! D. Red.) Die Finanzlage des Staates könne eine weitere Steigerung der Ausgaben nicht betragen!

Genosse Wedel wies darauf hin, daß der Finanzminister Reibold gerade bei einem Antrage, der den ärmsten Gemeinden zugutekomme, gegen dessen Annahme einträte. Es seien bisher so viel Mittel für Gewerbe und Industrie bewilligt worden, daß es unverständlich sei, warum der Finanzminister gerade bei diesem Antrage sein Veto einlege. Bei der Chemnitzer Frauenklinik seien 2 R. für einen einzelnen Beamten 67 000 R. zur Verfügung gestellt worden.

# Der Schüdderump

Roman von Wilhelm Raabe

Das Kind streckte die Hände nach der Mutter aus und lachte hell und freundlich, aber die Mutter fuhr zusammen über den lustigen Ruf. Zugleich verkniff sie die Lippen in einer Weise, die jeden tüchtigen Kriminalrichter nachdrücklich gefehmt haben würde, und der alten Jone Warmolf, welche gleichfalls ein Stück von einem Kriminalrichter in sich hatte, keineswegs entging. Der eine hätte den Zug wahrscheinlich ins Debet geschrieben, die andere trug ihn unbedenklich im Kredit ein: wir, die wir hier bloß nüchtern niederschreiben, was geschah und was gesagt wurde, wir melden einfach, in welcher Weise die schöne Marie nach dieser Unterbrechung durch das Erwachen der kleinen Antonie fortfuhr, und überlassen jedem Lesen seine eigene, wohlverwogene Entscheidung.

„Du Feind,“ schrie die schöne Marie die Alte an, „heißt du, daß du mich doch schlägst und mit den Zähnen kaffen mußt! Ich habe es wohl gemerkt, du Teufelin, daß du nur deshalb herzugehst, dich! Rache ihr nicht zu, Lonie, sie wird dir zunichte, um deine Mutter zu schlagen. Sieh weg, sieh weg, Lonie, sie will deine hellen Augen gegen deine Mutter ins Gericht führen. Sieh den bösen Feind nicht an, Feind, er wird auch dich beißen, wenn er deine Mutter totgebissen hat.“

Erkhardt fing die Kleine an, laut zu weinen.

„Ach, Marie Häufler, was alles mußt du erlebt haben!“ rief traurig Jone Warmolf.

„Genug, um Bescheid zu wissen, daß niemand das Recht hat, das Kind gegen seine Mutter zum Gericht aufzurufen!“

„Du hast gefragt und ich habe beantwortet.“

„Nun fing die schöne Marie an, bitterlich zu weinen, und das war gut; denn es zeugte für die Wichtigkeit der Aufklärung dieses vorliegenden Falles durch die Warmolfische.“

Diese meinte nun:

„Neh will ich dir etwas sagen, Marie. Ich bin ein altes Weib und habe mancherlei durchgemacht, sowohl in den Bergen wie im platten Lande. Ich habe Verkehr mit vielen Leuten gehabt, guten und schlechten, dummen und klugen, und ich weiß, was der Mensch ist. Der Mensch ist ein armseliges Geschöpf, und je weniger man von seinen Meriten

spricht, desto besser ist's. Dahingegen nützt es aber auch in andern Fällen gar nichts, wenn man ihm seine Nichtsnutzigkeit und Dummheiten zu oft und zu groß vorrückt. Du schämst dich nicht, Mariechen? Ich will dir sagen, wie es ist, Mariechen! Du bildest dir ein, die ganze Welt stehe schon tausend Jahre auf den Beinen, um dich am Schandpfahl stehen oder unter diesem elenden Dode liegen zu sehen. Bilde dir nichts ein, Schatz, lachere die Bauern von Trobedeck nach ihrem Wert, ziehe sie ab von der Welt, und dann rechne nach, wer sich um deinen Sockmut schiert.“

„Wein Kind! Mein Kind! Ich gehe fort und kimmere mich um nichts; aber sie lassen mein Kind schalen, was ich verzeiht habe!“ wimmerte Marie Häufler, und mit einem lächerlichen, ängstlichen Lächeln sagte Jone Warmolf:

„Ja, so hat man es freilich seit mehr als tausend Jahren gehalten!“

Der Faden der Unterhaltung war damit abermals abgerissen, und es wurde immer schwieriger, ihn wieder anzuhäufeln; aber jetzt ging der Alten eine neue Frage wie ein Licht auf.

„Du hast schon den Ritter gesehen und gesprochen, Marie?“

„Ben?“

„Den Herrn von Moubigern! Den Ritter, den Ritter!“

„Ja, er kam und reichte mir die Hand in den Schindlerfalten und ging nebenher, als man uns hierher schob, und er hielt das Volk, als man uns obduld, daß sie uns nicht hier hineinworf, mit gebundenen Füßen, wie zwei Käber in den Metzgerkuchnen.“

Jone Warmolf strich langsam mit der Hand über das Gesicht, und die alte, jugsamen geniale weltberühmte Begabtheit war im vollen Maße wieder vorhanden.

„Na nu, du Narr, wasch sagst du denn das nicht gleich? Na, da wollen wir denn wenigstens von jetzt an mit mehr Seelenruhe das Frühstück und Brod kochen die Frau Erdprinzessin dieses glorwürdigen Sieden- und Armenhauses zu Trobedeck erwarten. Es ist die allerhöchste Zeit mit dem Frühstück, dein Verabhold dort, Mariechen, trennt uns sonst noch die vier Wände voneinander.“

Das Kind hatte sich in der Lat längst in so ungebärdiger Weise in das Gespräch gemischt, daß Jone Warmolf

auch in Rücksicht auf dieses der Sonne ganz wohlgefällig und billigend zunichte, als diese nun endlich wieder eintrat, und zwar mit zwei dampfenden Tischen in den Händen und einem Brotkorb unter dem Arme.

„Du meine Güte, wach ein Aufwacht!“ rief Jone.

„Wer für uns ist nichts zu gut, nicht wahr, Lonie? Jetzt sperre den Schnabel nur auf; richtig, das kannst du grad so gut wie der König von Preußen, der Kaiser von Rußland und der Borscheher Adenberg. Aber halt, meine Damen, eine offene Hand hat der Herr lieb, und lumpen läßt die Warmolfin sich auch nicht. Da, mein Mädchen, da hast du einen Koffel in die Kasse; bleib brav und halte ihn in Ehren, wenn er auch nicht von Gold oder Silber ist. Da hast du auch einen, Marie; und hier hast ihr zwei Schüsseln, alles aufs feinste geschmückt und gebrüt; keine nicht, Marie, wenn der Herr von Moubigern jetzt ankommt, soll's nur auch für ihn nicht auf einen Koffel ankommen, und wenn er Hunger hätte, würde er mit Dank bei uns niederfüßen und mithalten, ohne sich zu schämen.“

„Von dem spricht Ihr?“ rief Hannemann, den wackligen Tisch gegen das Bett heranschleubend und die schwarzen wackelnden Schenkel dazu. „Von dem könnt Ihr nie genug und nicht leise genug sprechen. Ich denke immer, der hat sich aus einer andern Welt in diese irdische verirrt, und kann den Weg nicht wieder zurückfinden und geht suchend umher und fragt sich weiter von Arm zu Reich, von Tier zu Mensch, durch Sturm und Sonnenschein, und will nichts als diesen Weg und gar nichts von dem, was an diesem Wege zu finden ist, und um was sich alles andre rankt und zerrt und mit Hinterlist wegschiebt und stößt und schimpft und das Herz zerbricht! Da ist die gnädige Frau, die ist schon ganz anders, und das gnädige Fräulein.“

Die schöne Marie lachte hell und höflich auf, und Jone Warmolf schielte böse seitwärts auf die alte Freundschaft und murmelte:

„Von dem sei still, Ganne, denn niemand hat dich danach gefragt. Von dem einen kann man nicht zuviel und von dem andern nicht zu wenig reden. Du, so den Ritter ins Gemute, Marie Häufler, und du, Ganne, schneid Brot und schneide dich nicht an Sachen, die dich augenscheinlich nicht zu kümmern brauchen.“

bit nicht der Verkauf verbleiben:

anderanzug 9.75

aus dem 12.

anaber 6.75

kirche 9.



# Genosse Loebe,

## der frühere thüringische Staatsbankpräsident, spricht morgen Dienstag in den Protestversammlungen gegen den Brot- und Zollwucher.

Die Abg. Frau Büttner erbat, den Antrag abzulesen und ihn der Regierung für den Nachtragsetat zur Erwägung zu überweisen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde Kapitel 12 (Steuern) weiterbehandelt. Genehmigt wurden die Titel 7 bis 9 (Staatsanteil an den Reichsteuern), die von 116 auf 80 Millionen herabgesetzt sind.

### Republikanischer Tag in der Lausitz

Die Republik lebt! Das war der Eindruck des republikanischen Tages am Sonntag und Sonntag in Jitau. Aus allen Teilen Sachsens trafen sich mit der Bahn oder mit Lastkraftwagen die Reichsbannerkämpfer ein. Aus Großstädten und Dörfern, von den Höhen des Erzgebirges und den dunklen Klüften des Vogtlandes zogen die Republikaner nach Jitau. Überall wehte das Banner der Republik, leuchteten die Farben Schwarz-Rot-Gold. Nach einem Konzert der Stadtkapelle am Sonntagvormittag erfolgte der Aufmarsch auf dem Festplatz. Hier wurde die Vortragsreihe des Bezirks Jitau vorgenommen. Die Reihenfolge hatte Genosse Paritz, Präsident des Bezirks als Landtags, übernommen. Er führte aus, daß gegen den Geist von Weimar der Geist von Potsdam aufstehe. Um die Feinde der Republik zu bekämpfen, sei die Organisation des Reichsbanners geschaffen worden. Auch wir seien die Republik noch nicht als etwas Bestimmtes an. In ihr muß noch viel mehr aufgebaut werden. Das Reichsbanner kämpft für die Demokratie, die die Grundlage unseres Staates ist. Die Reaktion will die Vergangenheit, wir wollen die Zukunft. Nach der Rede wurde Genosse Paritz die Fahne. Der imposante Aufmarsch der einzelnen Bezirke erfolgte in unübersichtlichen Reigen. Gegen 60 Fahnen hatten vor der Tribüne und rund 5000 Reichsbannerleute auf der Freiwiese Aufstellung genommen. Im Nachmittage gestaltete sich der Festzug zu einem großen Festgange. Tausende umfäumten die Straße. Jitau war für alle ein Erlebnis geworden. Der Sonntag in Jitau gehörte der deutschen Republik.

### Das Ende der Varmatzehe in Sachsen

Der Unterbringungsausschuß "Varmat" des Sächsischen Landtages trat am Freitag zu seiner letzten — vertraulichen — Sitzung zusammen, um den Schlichterentscheidungen und Beschlägen zu fassen über die zu treffenden Feststellungen. Nach längerer Verhandlung kam der Ausschuss zu dem Ergebnis, daß die Feststellungen des Ausschusses nicht den geringsten Anlaß dafür ergeben haben, anzunehmen, daß die Beziehungen der sächsischen Regierung zu Varmat nicht einwandfrei gewesen wären. Dieser Beschluß wurde einstimmig bei einer kommunistischen Stimmenthaltung angenommen. Ein kommunistischer Antrag, gegen den ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten und jetzigen Gesandten in Berlin, Gen. Dr. Gradnauer, im Disziplinarwege vorzugehen, wurde mit gleichem Stimmenthältnis abgelehnt.

**Berufspädagogische Woche für Wohnung und Siedlung.** Das sächsische Unterrichtsministerium beabsichtigt, in Gemeinschaft mit dem Sächsischen Berufsausschuss in der Zeit vom 21. bis 25. September im Anschluß an die Jahresfeier Deutscher Arbeit Wohnung und Siedlung in Dresden eine berufspädagogische Woche für Wohnung und Siedlung zu veranstalten. In Vorträgen, Führungen und Besichtigungen werden Raumgestaltung und Hygiene der Wohnung, Wesen und Bedeutung der Siedlung, die Entwicklung des Hausbaus von städtischen Persönlichkeiten wie von Vertretern und Vertreterinnen der Berufsklassen behandelt werden.

**Staatliche Kraftwagenverwaltung.** Auf vielen Seiten Bunsch der beteiligten Gemeinden wird am 10. Juli 1925 die staatliche Kraftwagenlinie Pirna-Lohmen-Sohma-ein, die bereits vor der Instation betrieben wurde, wieder eröffnet. Die Linie fährt von Pirna über Copitz, Jöhstadt, Dobersitz, Vohnen, Rathenau nach Sohna. Es werden täglich drei Fahrten in jeder Richtung ausgeführt.

## Dresdner Chronik

### Vogelwiesendummel

Das übliche Fest war wieder einmal fällig. Auf dem Plage hinter Antons, der noch die Male der Säugstiefel trug, gingen die hölzernen Adler der Schängelbude hoch. Reden wurden gehalten, Tafeln leergegessen, und dann warteten alle Jette und Buden auf die Besucher, die da gestört kommen sollten. Gedräng und Lärm aber zunächst ein sehr ausgiebiger Regen, der alle Bunttheit grau drehend und die Stimmen der Festplatzunternehmer in traurige Töne jagte.

Das war am Sonnabend. Am Sonntag aber zogen die Leute in Scharen hinaus.

Der kritische Vogelwiesendummel stellt fest, daß die Vogelwiese, die ja einmal ein "Volksfest" war, auch diesmal wieder den gewohnten vergnügungsindustriellen Betrieb zeigt, zu dem sich in dieser kapitalistischen Zeit die Volksfeste von ehemals entwickelt haben — auch "Feste" sind eine Angelegenheit industrieller Betriebsamkeit geworden. Die "noch nie dagewesene Neuheit" hat die Chancen des Erfolges, und unter Musik, Lärm, Getöse, unter dem flammenden Schein von Tausenden von Lichtern spielt sich der Konkurrenzkampf der Vergnügungsindustrie ab.

Ein Jahrmarkt, ein Markt des Vergnügens, hat sich aufgetan, und die "kaufkräftige Menge" strömt hinzu, bereitet, Freunden zu bezahlen.

In den Straßen drängen sich die Menschen vor Schauluden, Gläsern, Turbänken, Rutschbahnen, Schanzen und Karussells. Wie in früheren Jahren jagen die Wagen in Haarscherbahn durch das rasende und verwirrende Getöse. Nebenhan laufen Fahrzeuge mit Bootsbäumen, hinaufgezogen erst in eine läche Kurve, eine steile Gleitbahn herab und zischen unten scharf durch zerklüftetes Wasser. Vor einer "Schimmh-Bahn" wollen die Zuschauer stehen. Dort ist das aufwärtsführende Laufband des Toboggans durch rotierende Treppen ersetzt, an denen sich Leute unter den ernsthaftesten Verrenkungen um ihr Vorwärtskommen bemühen.

Drehen, Schweben, Schwimmen überall. Auf der Suche nach dem Neuartigen gerät man vor ein hochgebautes Karussell. Seine Mittelachse steht schief, so daß die unter dem Schirmdach hängenden Gondeln abwechselnd hoch und tief zu fliegen kommen. Ein Stuhl entfernt hat Siebold eine Turmbahn gebaut. Und das sich drehende Turmgerüst fährt Wagen in Spiralen zur Höhe, lösen sie oben vom Triebwerk und gleiten in weiten Biegungen wieder herab. Auch eine Raupenbahn ist neu. Ihre zusammenhängenden Glieder kriechen im Kreise auf und ab, und von Zeit zu Zeit löst ein Mechanismus eine grüne Plane aus, die sich gleichzeitig über die Glieder runde und sie wie eine Haut verhält, unter der die jungen Leute, die für ihr Geld in der Natur leben, ungeschöne Epöke treiben. Hugo Haase, der Großunternehmer auf dem Markt des Vergnügens, hat außer seiner Reiterbahn und der "Mausefall" noch eine F—ett aufgestellt, die er "Thc Whap" nennt: man fährt

auf der plattgetöschten Bahn herum, die die Unterlage für eine Reihe auf eigenartige Weise an ein endloses Seil gekoppelter Karossen bildet, und bekommt während der Rundreise an verschiedenen Stellen der Bahn einen heftigen Schwindel, der das Lustgefühl wesentlich steigern soll.

In einer Schaubude wird ein Vorhang zur Seite geschoben und herab tritt ein Wesen, das man im ersten Moment für einen wandelnden Schornstein hält. Doch der Schornstein verbeugt sich, und ein Begleiter sagt, daß dies der Kiese van Albert wäre. Die Leute klaffen die tiefste Ehrfurcht auf den Knieen, als ob der Kiese van Albert die Madonna darstellte. Unter den Besuchern sitzt ein Mann, der auch ein stattliches Maß aufzuweisen hat. Wahrscheinlich ist er gekommen, um sich die 10.000 M. zu verdienen, die van Albert demjenigen verspricht, der seine Größe erreicht. Der Mann tritt auf die Bitte des Kiese neben diesen auf das Podium, aber van Albert wehrt mit seinem Arm wegwärtlich hin und her, ohne den kleinen Wicht zu berühren. Van Albert denkt zu heiraten. Er würde (wie er sagt), wenn sich eine entsprechend große Frau nicht findet, auch gern zwei kleinere Frauen nehmen. Im übrigen: wer van Albert gesehen hat, träumt von ihm.

In einer andern Bude sitzt Madame Cumberland mit verbundenen Augen. Der Fudenseller geht zwischen den Besuchern hin und läßt sich wohlwollige Gegenstände von ihnen reichen. Im selben Augenblick werden die Sachen auch schon von Madame, die auf dem Podium sitzt, eingehend beschrien. Sie nennt sogar eine Lotterielosnummer. Ich denke: Schwindel! und reiche dem Fudenseller meine OGS-Greifholzsachtel. Der nimmt sie in die Hand und fragt Madame, was er da habe. Sofort kommt es: "Es ist das eine Fudensachtel!" Und von wem etwas? fragt der Mann schnell zurück. "Eine Fudensachtel, gekauft in einem Konsumverein!" lautet die bestimmte Antwort. Ich muß mich vergegenwärtigen, daß dieser Verein auf der Sachtel genannt wird und hin sprachlos. Madame nennt sogar meinen Namen, wenn ich ihn scharf denke. Auch von der Cumberland kam man träumen.

Wer für Abnormitäten Interesse hat, geht zum Zeit des Kiese van Albert, drei Frauen von Puppengröße, von denen ihr Improprietät, wenn er will, zwei auf einmal auf einen Arm nehmen kann. Sie waren in der Redaktion zu Besuch, und wir mußten, ohne die Damen kränken zu wollen, sie "von oben herab" ansehen. Auch Malfertheiners Kolibri-Pferdchen, der Schwarm aller Kinder, sind wieder da. Und Amber und Erwaschene finden in Schichtels Marionettentheater vor dem Charaktervollen, ganz dem Leben abgelauchten Spiel der Puppen ein Stunde harmloser und unterhaltsamer Freude. Für den Schluß des einstündigen Programms erhält jeder Besucher eine Zauberbrille ausgehändigt. Durch diese Brille sieht er Dinge — unsagbar komisch!

Und wer nach alledem noch einer Erfrischung bedürftig hat, dem können die Einladungen im Anzeigenteil unsere Blattes ein Wegweiser zu vielen Zielen sein.

### Erhöhung des Wasserpreises

Der Preis für das zu hauswirtschaftlichen und gemeinnützigen Zwecken abgegebene Wasser wird von dem am 13. Juli 1925 beginnenden Jahresabrechnung für Wasserverbraucher, mit denen in vierwöchigen Zeitabschnitten abgerechnet wird, jedoch von dem am 2. Juli 1925 beginnenden Abrechnung an von 15 Pf. auf 17 Pf. je Kubikmeter erhöht.

Zu dieser Bekanntmachung schreitet und das städtische Wasserwerk in Berlin bekannt gemacht. Sie haben erneut die Notwendigkeit gezeigt, Wasserwerkungsanlagen auf einer Höhe zu erhalten, die sie befähigt, aus ansehnlichen und Beanspruchungen in längeren Dürre- und Trockenzeiten gewachsen zu sein. Zugleich haben die Berliner Vorgänge erneut erwiesen, daß Wasserwerkungsanlagen technisch nicht erst im Falle der Not einem im Sommer sprunghaft steigenden Bedarf angepasst werden können, vielmehr erfordern Wasserwerke eine sehr langfristige Vorarbeit, die nur bei finanziell geordneten Verhältnissen durchführbar ist. Bei den heiligen Wasserwerken ist es jedoch bei dem derzeitigen Abschreibungsgrade unmöglich, die notwendigen Erneuerungsarbeiten auszuführen und die Substanz in ihrem Werte zu erhalten, geschweige denn, erforderliche notwendige Ergänzungen vorzunehmen. Während bisher die während der Inflationszeit gemachten Rückstellungen eine Aufrechterhaltung des Preisniveaus ermöglichten, ist seit der Stabilisierung der Währung der finanzielle Zustand der Wasserwerke unannehmbar geworden.

Es wäre grundsätzlich unmöglich und auch wirtschaftlich nicht zu vertreten, die Erneuerungsarbeiten statt aus den Abschreibungen aus einer Anleihe zu decken, da es sich um laufende Ausgaben handelt, für die unbedingt auch Deckung aus laufenden Einnahmen beschafft werden muß. Es ist bei der jetzigen Kapitalknappheit überhaupt fraglich, ob es gelingen wird, die erforderlichen Beträge auf dem Anleihegeschäft zu beschaffen. Zudem sind die jetzt geforderten Zinssätze so hoch, daß die Aufnahme einer Anleihe auch aus diesem Grunde unwirtschaftlich ist. Demnach bleibt nur der Weg, der notwendigen Erhöhung der laufenden Ausgaben durch eine entsprechende Erhöhung der laufenden Einnahmen zu begegnen, d. h. eine entsprechende Erhöhung des Wasserpreises vorzunehmen.

Zur Zeit beträgt nach den Mitteilungen des Deutschen Städtebundes der Durchschnittspreis von 31 Großstädten unter Ausschluß der Städte, welchen das Wasser mit natürlichem Gefälle zufließt, 18,4 Pf. pro Kubikmeter. Dabei haben eine Anzahl deutscher Städte noch im verflochtenen Jahre erheblich höhere Wasserpreise erhoben (Berlin, Städtische Wasserwerke, 21 Pf., Charlottenburger Wasser- und Industriewerk 22 Pf.), andere Großstädte sind auch jetzt noch weit über dem Durchschnitt (Chemnitz 30 Pf., Frankfurt a. M. 31 Pf., Regensburg 26 Pf., Berlin 25 Pf., Stuttgart 25 Pf., Jena 24 Pf., Bonn 23 Pf., während Dresden niemals über den Preis von 15 Pf. pro Kubikmeter hinausgegangen ist. Leipzig erhebt 18 Pf. pro Kubikmeter. Nachdem die Dresdner Wasserwerke bis zur außerordentlichen Höhe des alten Friedenspreises durchgehalten verstanden haben, läßt sich nunmehr übersehen, daß auch in Dresden mit einem niedrigeren Preise als dem anderer Großstädte nicht auszukommen ist. Eine Wasserpreis-erhöhung um 2 Pf. je Kubikmeter ist das Mindeste, was die Wasserwerke zur Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit brauchen. Hierbei betragen die Mehrkosten für ein Grundstück mit 10 Mietparteien zu je 300 M. Friedensmiete durchschnittlich 600 M. im Monat, so daß die Mehrbelastung infolge der Wasserpreis-erhöhung nur etwa 4 Prozent der Friedensmiete beträgt. Bei Wohnungen mit höherer Mietsrate ist die prozentuale Mehrbelastung noch geringer. Die Wasserpreis-erhöhung selbst also einen verhältnismäßig kleinen Betrag, der die Förderung einer Mieterhöhung um 10 v. h. an der Deckung einer Mieterhöhung kann, als bisher bei gleichbleibenden Wasserpreisen die Mieter zu zahlen sind.

Wohin als diese verhältnismäßig geringe Ausgabe ist die Notwendigkeit, die Wasserwerke dauernd in einem Zustand zu erhalten, der die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser auch unter ungünstigen Winterverhältnissen sicherstellt, so daß Schweiß-

zeiten, wie sie in Berlin entstanden sind, für Dresden unbedenklich betrieblieben werden.

### Kaufmannsgericht Einseitiger Abbau

Unter den Dresdner Banken ist selten einmal eine vor dem Kaufmannsgerichte zu finden. Eine Ausnahme davon macht einzig und allein die Commerz- und Privatbank, die infolge der unverständigen Personalpolitik, die dort getrieben wird. Das kam erneut in einer Verhandlung vor dem hiesigen Kaufmannsgericht zum Ausdruck. Auf der einen Seite wird bei dieser Bank die Notwendigkeit des Abbaus aus Arbeitsmangel und Sparwirtschaftsgründen betont, auf der andern Seite ist erwiesen, daß über Hunderten gearbeitet ist und neue Einstellungen vorgenommen werden. Dabei ist es auffällig, daß die Betroffenen fast immer Angestellte sind, die den freien Angestelltenverbänden angehören. So auch bei dem Bankbeamten Sp. Er wurde nach 35-jähriger Tätigkeit gekündigt, sein Kolben war aber bereits vor seinem Ausscheiden anvertraut besetzt. Der Einspruch des Sp. gegen die Kündigung beim Betriebsrat wurde von diesem als berechtigt anerkannt und so kam die Klage wegen unbiliger Härte nach § 84 BGB. aus. Der Streit ging um die Höhe der Abfindungssumme auf Grund des bezogenen Gehalts. Die Firma hatte nämlich ganz willkürlich den Mäßer von der Gehaltsgruppe 2 in die Gruppe 3 zurückgesetzt. Diese Gehaltsklasse hatte bereits ein Beispiel vor dem Kaufmannsgericht, das die Firma beurteilte, das gefürzte Gehalt nachzuholen. Trotz der Beurteilung erkannte die Beklagte das höhere Gehalt als Grundlage für die Abfindung nicht an und tritt lange wegen eines Betrages von 100 M. bis es endlich dem Richter gelang, einen Vergleich aufzulegen zu bringen, der von beiden Seiten angenommen wurde.

Der Deutsche Arbeiterfängerbund, Bezirk Dresden, der am 7. Juni vor vielen Tausenden von Zuhörern in der „Jugendliche“ ein Konzert mit bestem Erfolge veranstaltete, beabsichtigt am Sonntag, den 19. Juli, nachmittags 4 Uhr, ein ähnliches Konzert in der Sängerkapelle zu geben. Bei dem sorgfältig zusammengestellten Programm werden die ehemaligen Orchestermusiker mit der äußerst niedrigen Eintrittspreis von 80 Pf. resp. 60 Pf., bietet auch Kinderermäßigungen die Möglichkeit, das Konzert zu besuchen. Das große Interesse an dieser Veranstaltung läßt einen Kostenbesuch erwarten, und es ist daher empfehlenswert, sich rechtzeitig in den Vorverkaufsstellen, die demnach durch Plakate und Inserate bekanntzugeben werden, Eintrittskarten zu sichern.

Das sächsische Sachfen im Bild. Am 11. und 12. September findet in Verbindung mit der Schiffsvermittlung des Sächsischen Verkehrsverbandes in Dresden eine Ausstellung „Das schöne Sachsen im Bild“ statt. In der Hauptsache wird die Ausstellung besichtigt sein mit Originalphotographien und besonders künstlerischen Vergegenwärtigungen in folgenden Abteilungen: Die sächsische Stadt. Alle Architektur in sächsischen Städten. Das Erzgebirge, Vogtland, Elbsandsteingebirge, Lausitz, Ostelb.-Landchaften. In sächsischen Wäldern und Sommerfrischen. Durch Sachsens Täler, Sachsens Burgen und Schlösser. Das sächsische Verkehrsnetz. Das sächsische Verkehrsnetz. Die Ausstellung geeigneten Bildmaterials an den Sächsischen Verkehrsverband in Leipzig.

Der Kreisverband Dresden der Garten- und Schreibernvereine mit 14.000 Mitgliedern veranstaltet vom 20. August bis 2. September im Rahmen der Jahresfeier eine Ausstellung feiner künstlerischer Erzeugnisse, für die aber lange Reihe des Dresdner Tafelgeschmackes vorgezogen sind und für die schon heute zahlreiche Zeichnungen der Kreise vorkommen. Eine Veranstaltung in großen Ausstellungsraum wird eine Darstellung der Augenbühnen bringen. Am Ausstellungs-Sonntag wird ein großer Werkverkauf veranstaltet. Auf dem Gelände der Ausstellung werden dann anlässlich Kinder- und Jugendgruppen Ziele vorführen. Eine Besichtigung mit anschließendem Programm ist in Vorbereitung und wird eine beschränkte Zahl von Interessenten hierzu durch Karl Paulsch und Co., Rosenstraße 40, 1. Etage, entgegennehmen. Das Feststellungslokale, das in Kürze überaus zu sehen sein wird, ist mit einem Redneramt unter Meingörmanns Herrsorge; es vermittelnde den Zuschauern der Ausstellung: Sonne, Gesundheit, Glück.

Tafelgänger und Vegetarier. Der Bund deutscher Tafelgänger hält am 11. bis 14. Juli in Dresden seine 4. Tagung ab. Aus dem Programm ist hervorzuheben ein öffentlicher Begrüßungsabend Sonnabend den 11. Juli, 8 Uhr im Künstlerhaus, Oberstudienrat Dr. Professor Dr. Hartmann, Leipzig, hat den Hauptvortrag übernommen. An dem gefestigten Abend am Sonntag, dem 12. Juli, 8 Uhr, im Künstlerhaus hat Oberlehrer Heinicke einen Bildvortrag über das Thema: „Neues zur Tafelgänger“, gleichzeitig findet der 1. Mitteldeutsche Vegetarierstag in Dresden statt. Am Montag, dem 13. Juli, 7 Uhr spricht in der Weichen Schloße, Johann-Georgen-Allee 16, an einem öffentlichen Vortragabend Oberlehrer Heinicke über: „Jugend und Vegetarismus“ und Reichsanwalt Richard Bretschneider über: „Gesundheitsfaktoren“.

Die Jahresfeier wird am Dienstag der Präsident des Reichsversicherungsamtes mit einer Anzahl Referenten der Reichsversicherungsanstalt zum Studium besuchen. Ferner wird der Besuch des Reichslandes mit einer Anzahl Reichsminister für den Monat Juli erwartet. — Eine bei den einzelnen Firmen vorgenommene Umfrage ergab, daß am Aufbau dieser Ausstellung 217 Arbeiter beschäftigt waren, die insgesamt 553 577 Arbeitsstunden leisteten. Hierunter entfällt auf den Landesausschluß des sächsischen Landes eine Arbeiterzahl von 268 mit 20 104 Arbeitsstunden. — Neben den Elite-Konzerten am Dienstag und Freitag ist für Donnerstag den 9. Juli die erste Allmünation des gesamten Ausstellungsgeländes bei Eintritt der Dunkelheit geplant. Für Sonnabend den 11. Juli, nachmittags 4 Uhr, ist ein Festspiel der Bundeskapellisten aus Ding vorgesehen.

Besichtigung der Grundstücksentwässerungsanlagen durch das Tiefbauamt. In den nächsten Tagen wird die Besichtigung der Grundstücksentwässerungsanlagen auf ihre bauliche und betriebliche Zustandigkeit hin in den nachstehenden Gebieten begangen werden: Kraschenhau, Löbnitz, Conson, Breitenh., Rauhen- und Antonstraße sowie in den innerhalb dieses Grundstückes liegenden Straßen und Plätzen. — Die Besichtigung wird unabh. vier Wochen beanspruchen. Die Besichtigung geschieht durch Verantragung des Rates, die mit amtlichen Ausweisen versehen sind. Die Besichtigungsgeldgebühr von 2 M. wird sofort gegen Empfangsbefähigung erhoben. Die Regelung ist im Einvernehmen mit dem Allgemeinen Hausbesitzerverein zu Dresden erfolgt.

Für den sächsischen Verkehr mit dem Räte sind an sämtlichen Stadthäusern und Verkehrspunkten des Reichsverkehrs angebracht, die zur Aufnahme von Briefen an den Postdienst. Auf dem Verantragung ist möglichst die Geschäftsführer angegeben, für die der Brief bestimmt ist. Die Briefkästen sind lediglich für den Verkehr mit den Reichsbehörden bestimmt, Briefe an andre Behörden und Stellen dürfen nicht eingeliefert werden; sie werden nicht befördert.

Flüchtlingsfragen. In der Reichsministerkonferenz am 17. Juni 1925 wurden die Flüchtlingsfragen nur noch bis 18. Juli belassen eingeleitet werden. — Am 20. Juni wird die Gesellschaft der Geflüchteten und der von ihnen unterstützten Familienbestand von dem Reichsamt für Flüchtlinge 1.3 überföhrt, wo weitere Entscheidungen wegen des Unzuges erst vom 24. Juli an erfolgen können.



# Bezirksparteitag der SPD. Ostfachsen

Im gestrigen Sonntag fand im festlich geschmückten Saale des Volkshauses Dresden-Ost der Bezirksparteitag der SPD Ostfachsen statt, der von 65 Delegierten und 27 stimmberechtigten Bezirksvorstandsmitgliedern besucht war. Vom Parteivorstand war die Genossin Reichstagsabgeordnete Kemnitz vertreten. Außerdem waren die Reichstagsabgeordneten Fleißner, Schirmer, Schmidt, Zorn-Sander und Margarete Stegmann, die Landtagsabgeordneten Trät, Edel, Wedel, Fische Thümmel, Albert Schwarz, Renke Dr. Sachs sowie eine Anzahl Vertreter der Redaktionen und Geschäftsleitungen der ostfächsischen Parteipresse anwesend. Nach der Begrüßung durch den Parteivorstand wurde eine solche Stimmungslage und Geschlossenheit zum Ausdruck gebracht, wie das auf diesem Bezirksparteitage der Fall war.

Nach einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Jahresbericht über die geleistete Arbeit und einer politischen Rückschau des Genossen Trät sowie einem Referat über die Aufgaben des Bezirksparteitages des Genossen Fleißner wurde vom Bezirksparteitag einstimmig folgende Entschließung angenommen:

1. Der Bezirksparteitag Ostfachsen billigt die Haltung des Bezirksvorstandes, die darauf gerichtet war, alle politischen Fragen vom Standpunkte des sozialistischen Klassenkampfes aus zu behandeln.

2. Der Bezirksparteitag nimmt Kenntnis von der Entschließung des Parteivorstandes zum sächsischen Konflikt, wonach sich der Parteivorstand der Auffassung der sächsischen Parteigenossen anschließt, daß es „die Pflicht der sächsischen Parteivertreter im Landtage ist, ungeachtet der Auffassung des Landtages herbeizuführen, um damit die Grundlage zu schaffen für die Wiederherstellung der Einigkeit und Geschlossenheit der sächsischen Partei, die allen andern Erwägungen vorangestellt werden muß und für einen erfolgreichen Wahlkampf Voraussetzung ist“.

Der Bezirksparteitag vertritt daher nachdrücklich die sozialistischen Landtagsabgeordneten, ungeachtet der notwendigen Schritte zur Auflösung des Landtages zu tun.

3. Der Bezirksparteitag läßt unerörtert, ob zur Lösung des Sachkonfliktes die Erhebung der Schiedsgerichtsverfahren Voraussetzung ist. Er ist jedoch durchaus gewillt, an einer schnellen Verhandlung der Schiedsgerichtsverfahren mitzuwirken, erwartet jedoch, daß diese Verfahren aus Grund objektiver Behandlung elementarer Rechtsgrundsätze durchgeführt werden und schließlich nach der Resolution der sächsischen Bezirksvorstände vom 3. Juli an.

Wegen einer Stimme wurde nachstehende Entschließung angenommen:

„Der Bezirksparteitag betont, daß oberstes Prinzip für die Parteigenossenschaft die Förderung der Partiarbeit und die Mitarbeit beim Aufbau der Parteiorganisation sein und bleiben müssen. Der Bezirksparteitag bekräftigt, daß sich ein großer Teil der Parteigenossen für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Weiß zur Verfügung gestellt hat. Er bringt aber nachdrücklich zum Ausdruck, daß die Tätigkeit im Reichsbanner der Vertretung des Klassen-

kampfbewußens der Sozialdemokratie keinesfalls Abbruch tun darf. Die Parteigenossen haben darauf zu achten, daß politische oder gar parteipolitische Probleme im Reichsbanner nicht erörtert werden. Die Lösung solcher Fragen ist Sache der hinter dem Reichsbanner stehenden Parteien. Die Sozialdemokratische Partei hat der Gründung des Reichsbanners nur als republikanische Abwehrorganisation ausgetreten. Die Parteigenossen haben dahin zu wirken, daß die Vertretigkeit des Reichsbanners innerhalb der Sozialistischen Arbeiterjugend unterbleibe und auch sonst keine Beeinträchtigung der Vertretigkeit für die Sozialistische Arbeiterjugend eintritt.“

Die Einmütigkeit und Geschlossenheit des Parteitages kam aber nicht nur durch die Annahme obiger Entschließungen zum Ausdruck, sondern zeigte sich ganz besonders bei der einstimmig erfolgten Wiederwahl aller Zuständigen und Vertreter. Da Gegenwärtige zu den einzelnen Vertretungen nicht gemacht wurden, somit auf eine Stimmzettelwahl verzichtet werden. Einstimmig wurden folgende Wahlen vorgenommen:

- Als 1. Bezirksvorsteher: Kurt Trät, Dresden.
- Als 2. Bezirksvorsteher: Adolf Edel, Dresden.

Als Vertreter in den Geschäftsführenden Ausschuss: Trät, Edel, Schulze, Fleißner, Wedel, Elise Thümmel, Seifert, Pirna; Wende, Weigen; Schönert, Freital.

Als Vertreter in den Bezirksvorstand: Gänßel, Hedler, Jodel, Rüdick, Maria Rood, Maria Fiebig, Finsterbusch, Köch, Hildiger, Sander, Geiger, Brückner, Freund, Sterna, Reinboth, Otto Franke, Scherffig, Geinge, Jurmann, Horschütz und Kempel, Freiberg.

Als Revisoren des Bezirks: Parke, Dachselt, Rößch. Als Vertreter in den Landesarbeitsausschuss: Trät, Edel, Schulze.

Als Mitglieder der Landeskommission: Fleißner, Maria Rood, Schönert, Wende, Seifert.

Als Vertreter im Parteiausschuss: Trät; als Stellvertreter: Edel, Fleißner, Schulze.

Als Delegierter zum Internationalen Kongress nach Karlsruhe: Trät; als Stelldelegierte: Genossin Elise Thümmel.

Als Mitglieder des Bezirksbildungsausschusses: Schöning, Pombach, Weigen, Frieda Edel, Runge, Rüdiger, Adolf Wolf, Weitz, Lammich, Seifert, Schulte.

Sodann wurde bestimmt, daß der Arbeiterwohlfahrtsausschuss für den Bezirk Ostfachsen sich aus drei Vertretern von Groß-Dresden und je zwei Vertretern der Arbeiterwohlfahrtsausschüsse der Unterbezirke zusammensetzen soll. Da die Vertreter in den Unterbezirken noch nicht gewählt sind, wurde dem Bezirksvorstand Ermächtigung erteilt, die Vertretung zu vollziehen. Dabei wurde beantragt, daß außer den Vertretern der Unterbezirke ein Mitglied des Bezirksvorstandes in diesen Ausschuss delegiert werden soll. Die Regelung wurde dem Bezirksvorstand überlassen.

Nach einem anerkennenden Schlusswort des Genossen Trät wurde der Bezirksparteitag mit einem dreifachen Hoch auf die internationale, Klassenbewusste, revolutionäre Sozialdemokratie geschlossen. (Ausführlicher Bericht folgt.)

## Parteinachrichten für Groß-Dresden

Parteisekretariat: Ostfächerplatz 10, 4. St. Fernsprecher: Nr. 18367 und Nr. 18478

### Ein Verteidigungsversuch

Unser Bericht über die Kreisdelegiertenkonferenz in Groß-Dresden trafen wir auf Wunsch des Genossen Rudolph, Dresden-Lößau, noch nach, daß zu der angenommenen Entschließung über die Sonderkonferenzen eine von Rudolph und Genossen unterzeichnete Erklärung zur Verlesung kam, worin zum Ausdruck kommt, daß es Pflicht eines jeden Genossen sei, sich über alle Fragen in gründlichster und allseitigster Weise zu orientieren. Die Versammlungen der 28 seien keine Sonderkonferenzen zum Zwecke einer Parteischädigung, sondern Aufklärungsveranstaltungen mit der Aufgabe, einer einseitigen Orientierung zu begegnen. Die hinter der Erklärung stehenden Genossen würden daher nach wie vor solche Veranstaltungen, wenn sie sich notwendig machen sollten, weiter befehlen und sich ihre Rechte und freie Meinungsäußerung nicht nehmen lassen.

Wir hatten in dem Bericht über die Kreisdelegiertenkonferenz die sehr ausführliche Debatte über den Punkt Organisatorisches, an der sich Redner beider Richtungen beteiligten, aus Gründen des Platzmangels nicht wiedergegeben, sondern nur die Beschlüsse veröffentlicht. Nachfragen möchten wir nunmehr, daß Genosse Wedel den Begriff „Sonderkonferenzen“ nach dem Parteistatus und der Auffassung des Parteivorstandes, der Sonderkonferenzen wiederholt ausdrücklich verboten hat, ausführlich erläuterte, und auf die Anfrage, wer hinter der Erklärung Rudolphs steht, keine Antwort erhielt. Der Bescheid der Delegiertenkonferenz, wonach Genossen, die Sonderkonferenzen befehlen, nicht geeignet sind, Ehrenämter in der Partei sowie öffentliche Ehrenämter im Auftrag der Partei auszuüben, wird von der Erklärung Rudolphs und Genossen nicht berührt. Wir hoffen, daß auch die Frage der Sonderkonferenzen nach der Entschcheidung des Parteivorstandes nunmehr erledigt ist.

### Raffineriebesprechung

Donnerstag den 3. Juli, abends 7 1/2 Uhr, in den Kassenkassen (kleiner Saal) Raffineriebesprechung. Alle Gruppenaffiliierter, Beitragsmitglieder sowie die Gruppenvorsitzenden werden gebeten, an dieser Besprechung teilzunehmen oder sich durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen.

Sozialdemokratischer Beamtenausschuss Groß-Dresden. Dienstag den 7. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Volkshaus, Riesenbergstraße, Zimmer 2, wichtige Sitzung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu einem Vorkommnis. 2. Eingänge von der Reichsbeamtenzentrale. 3. Landesbeamtenkonferenz. 4. Verschiedenes. — Alle Arbeitgemeinschaften müssen durch zwei Genossen vertreten sein. Pünktliches Erscheinen ist notwendig. Einladung erfolgt nur auf diesem Wege.

Ausschuss für Arbeiterwohlfahrt Dresden. Sachauschuss Kinderwohlfahrtskommission. Spieltage im Freien: Trachau-Trachenberg: Mittwoch, Stellen 2 1/2 Uhr Hubertusplatz. — Neustadt: Mittwoch, Stellen 3 Uhr Viktoriaplatz. — Altstadt: Mittwoch, Stellen 2 1/2 Uhr Schützenplatz. — Johannstadt: Mittwoch, Stellen 2 1/2 Uhr Dürer- und Seidinger Platz. — Striesen: Dienstag, Stellen 2 1/2 Uhr Vogelpark. — Gorbitz: Donnerstag, Stellen 2 1/2 Uhr Niedergerbiger Schule. — Löbtau: Dienstag bei schönem Wetter Spaziergang ins Freie. Stellen 2 Uhr Wallwitzplatz. — Cotta wandert am Donnerstag. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Gruppenverband Neustadt. Saalshaus Dienstag Punkt 7 Uhr, Reichstr. 1.

Gruppen Striesen. Saalshaus Dienstag den 7. Juli, abends 7 Uhr, im Volkshaus Dresden-Ost.

Gruppe Striesen 3. Mittwoch den 8. Juli, abends 7 Uhr, im Restaurant Soufflegarten, Ecke Eisenacher und Jacobstraße, Sitzung der Verwaltung und der Unteraffiliierter. — Um 8 Uhr dabei wichtige Mitgliederversammlung.

Gruppe Striesen 4. Donnerstag den 9. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Parteibüro wichtige Mitgliederversammlung. Vortrag: Eine Reise nach Ostfachsen. Berichte und Urwahl der Delegierten zum Reichsparteitag. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Gruppe Blasewitz. Mittwoch den 8. Juli, 7 Uhr, Lichtbildervortrag unserer Jugendgruppe in der Schulaula. Genossen! Unternehmt diese Veranstaltung mit euren Kindern.

Franzengruppe Gruna, Seidnitz, Reich, Prohlis. Montag den 6. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Paulsdorf, Ge-

nosse Hellberg spricht über: Wie behandle ich meinen Mann. Es wird gebeten, Gäste mitzubringen.

Untergruppe Dresden. Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Versammlung im Jugendheim. Urwahl für den Reichsparteitag. Wahl von zwei Vertretern in den Gruppenverbandsvorstand. Einige typische Fälle aus dem Dresdner Kommunalleben.

Gruppe Gorbitz. Dienstag vollständig im Frauenabend in Hoffmanns Restaurant. Urwahl.

Gruppe Cossau. Mittwoch den 8. Juli, abends 8 Uhr, in der Talschänke Verwaltungssitzung.

Jungsozialisten Altstadt. Heute abend 7 1/2 Uhr im Volkshaus Aussprache über unsere weitere Arbeit. — Genossen! Kommt eurer Beitragspflicht nach!

Jungsozialisten Striesen. Dienstag den 7. Juli beteiligt sich die Gruppe geschlossen an der im Volkshaus Dresden-Ost stattfindenden Protestversammlung. Der Vortrag des Genossen Wiedemann wird auf nächsten Dienstag verschoben.

### Wettervorhersage für den 7. Juli

Zunächst noch vorwiegend wolfig. Neigung zu vereinzelt unbedeutenden Niederschlägen, gemäßigter warm, schwache bis mäßige westliche Winde, im späteren Verlauf vorübergehende Aufbesserung. Wetterlage. Die Luftdruckverteilung, die sich nach dem Vorübergang der Störungen, die am Sonnabend Gewitter brachten, eingestellt hat, ist noch nicht geeignet, beständige Witterung herbeizuführen. Die Vertreibung, höherer Druck im Südwesten Europas, Depressionen über dem nördlichen Europa, bedingen Zufuhr feuchter Luftmassen, so daß die Bewölkung ziemlich stark bleibt und Neigung zu örtlichen Störungen besteht. An der Vorderseite eines von Westen heranziehenden Tiefdruckes muß im späteren Verlauf mit vorübergehender, fehnartiger Aufbesserung gerechnet werden.

### Amliche Berliner Produkten-Notierungen

am 4. Juli  
Weizen, märk. 270—275 (270—275), Roggen, märk. 227 bis 230 (227—230), Gerste, Braun 202—207 (202—207), Berlin, Futter 204—218 (204—218), Hafer, märk. 232—241 (232—241), Weizenmehl 33,50—36,00 (33,50—36,00), Roggenmehl 30,75—32,50 (30,75—32,75), Viktoria-Erbsen 26,00—31,50 (26,00—31,50). Die Ziffern in Klammern bedeuten Vortag.

### Bereins- und Versammlungs-Kalender

Erstverband für Arbeiterwohlfahrt. Monatsversammlung nicht am 7., sondern am 14. Juli. Schriftliches Erscheinen erzwungen.

Freiwilliger Arbeiterverein. Gruppe Friedrichshagen. Mittwoch den 8. Juli, 7 1/2 Uhr, in der Schillerstraße, Schillerstraße 4. Versammlung mit Vortrag des Genossen Wehrer Döring: Unsere neue Weltanschauung (Mikrobi, Mikrobi und Weltanschauung). Jugendgenossen laden wir besonders ein.

**Oper**  
im **Albert-Theater**  
Freitag den 10. und Sonntag den 12. Juli, 7 1/2 Uhr  
singt **MATTIA BATTISTINI**  
in **ERNANI**  
Große Oper in 4 Akten von Giuseppe Verdi.  
Vorverkauf zu allen Vorstellungen an der Theaterkasse von 10 bis 3 und ab 5 Uhr sowie im Invalidendank-Konzertdirektion F. Ries und Residenzankaufhaus. [1425]  
Telephonische Bestellungen 10671.

**Fahrerlegenheit nach Chemnitz.** Donnerstag den 9. Juli, vormittags 11 Uhr, ab Kottbuscher (Hauptbahnhof), wird ein neuer dreiwägeliger Wagon mit 12 Plätzen der Staatlichen Kraftwagenverwaltung nach Chemnitz überführt. Soweit Sitzplätze vorhanden sind, werden wieder Fahrpläne zum Teile von 4 R. für eine Person und eine Koffer zwischen Dresden und Chemnitz mitgenommen. Karten sind nur durch die Geschäftsstelle der Staatlichen Kraftwagenverwaltung, Dresden, Mühlener Straße 1b, Telefon 44 011, zu erhalten, wo auch Auskunft erteilt wird.

**Garübergabende Nachwagenumleitung bei der Straßenbahn.** Montag den 6. und Dienstag den 7. Juli wird die Kurvenstraße zwischen Falkenbrücke und Wauersdorfer Platz von 1.30 bis 4.30 Uhr früh für den Straßenbahnverkehr gesperrt. Während dieser Zeit werden die vom Kottbuscher Bahnhof kommenden, in der Richtung nach Hauptbahnhof durch die Ostfächer, Postplatz, Marienstraße, Große Wauersdorfer Straße, Hohe Brücke und Wismarstraße umgeleitet. — In derselben Nacht wird die Wismarstraße für den Straßenbahnverkehr gesperrt. Die Nachwagen der Linie 18 verkehren demzufolge von 12.45 nachts ab Zwingerstraße nur bis Schillerplatz.

**Umlegung der Kottbuscher Stadtbahnstelle.** Die Kottbuscher Kottbuscher Stadtbahn, die bisher in wenig günstiger Lage untergeleitet war, hat jetzt ihre neuen Räume im sächsischen Grundstück Hauptstraße 5, Ecke Heinrichstraße, im früheren Hotel Kronprinz, bezogen. Die hellen, modern eingerichteten Räumlichkeiten sind zur Umleitung des Verkehrs vorzüglich geeignet. Mit der Umlegung dieser Kottbuscher Stadtbahn in das Zentrum der Kottbuscher Stadt der dringendsten Wunsch der dortigen Bevölkerung endlich Rechnung getragen sein.

**Offenstilles Singen.** Montag den 6. Juli, abends 7 Uhr, findet der Schulchor der 41. Volksschule vor der Schule, Hauptmannstraße 15, Walddörfer.

**4. Jugendweibbezirk (23., 28., 45., 68., 70., 71. Volksschule).** Beginn der Vorbereitungsstunden für die Jugendweibbezirk für die 23., 68., 70. und 71. Volksschule Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, in der 23. Volksschule Ströben. Für die 23. und 45. Volksschule wird besondere Einladung an die Kinder erfolgen.

**Landesvertragsprozeß und kein Ende.** Das Oberlandesgericht Dresden (2. Strafsenat) verhandelte gegen den 1878 geborenen Sontorischen, früheren Handelskassierer Karl Egidius Richard Scheer aus Adelsheim wegen versuchten Landesverrats (§ 22 StGB) 1. Instanz (Strafgesetzbuch). Die wegen Verurteilung der Gefährdung der Staatsicherheit unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführte Verhandlung endete mit der Beurteilung des Angeklagten zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust. Die erlittene Untersuchungshaft kommt auf die erlassene Strafe in Anrechnung.

**Der Doherrichter Mörder.** Zum zweiten oder dritten Male geht durch die Presse die Nachricht, daß der Doherrichter Mörder Rühl verhaftet worden sei, diesmal in Steier. (Wieder: Zur selben Zeit soll er in Jankowitz und bei Hildesheim gesehen worden sein.) Wir teilen mit, daß die Nachricht, daß man endlich den Mörder habe, bisher noch nicht amtlich bestätigt ist.

**Eigentümer gesucht.** Am 28. Juni wurde nachts im Hauptbahnhof ein Koffer verloren, der an beiden Enden aufgehängt war und offensichtlich gefüllt ist. Der Inhalt besteht aus Bälgen und Kleibern. Der Eigentümer hat sich bisher nicht gemeldet. Der Koffer kann Schießgasse 7, Zimmer 71a, werktags von 8 bis 2 Uhr, besichtigt werden.

**Aufgehundene Gegenstände.** Das Volkspolizeiamt macht bekannt: Im zweiten Vierteljahr 1925 sind in den sächsischen Gesellschaften die an der Anschlagtafel im neuen Rathaus, Eingang Ringstraße, verzeichneten Gegenstände gefunden und bis jetzt nicht abgeholt worden. Die sich ausweisenden Empfangsberechtigten können die Gegenstände bis 30. September 1925 in der Rathauskassette (neues Rathaus) in Empfang nehmen. Nach Ablauf dieser Frist werden die nicht abgeholtten Gegenstände, mit Ausnahme des Bargeldes, öffentlich versteigert werden.

## Dresdner Umgebung

### Der neueste Schwindel der JAS.

Die Oberschlesler aus — Breslau!

In Massenaufrufen wendet sich die Internationale Arbeiterhilfe, Ortsgruppe Freital, an die Arbeiterschaft dieser Stadt mit der Aufforderung, für die notleidenden Kinder ober-schlesischer Arbeiter, die neun Wochen im Streik lagen, Reichungsmittel, Schuhwerk u. a. zu geben. Trotz aller traurigen Erfahrungen, die bereits mit der JAS. gemacht worden sind, wärden auch diesem Appell zur Solidarität sicherlich wieder viele folgen. Um so bedauerlicher ist es, daß sich auch dieses Mal wieder der ganze Kummel der JAS. als Schwindel herausstellt: Die Kinder sind gar nicht aus Oberschlesien!!

Der Verein der Oberschlesler in Freital sandte der Freitaler Volkzeitung folgende Mitteilung:

Auf den Aufruf der JAS. haben wir Oberschlesler folgendes zu erwidern:

Es ist nicht wahr, daß sich die JAS. in Oberschlesien um arme Kinder bemüht hat.

Es ist nicht wahr, daß die erwähnten 70 Kinder aus Oberschlesien sind. Es betrifft hier nicht die ober-schlesischen Kinder die Unangenehm durchgemacht haben, die bis zu fünf Familien in einem einzigen Raume hausen, in dem Kinder geboren werden und auch sterben.

Es ist anzunehmen, daß das Freitaler Komitee der JAS. nicht genau weiß, wo Oberschlesien liegt. Das Komitee braucht sich doch nicht seines guten Wertes zu schämen, wenn es Kinder seiner Partei von Breslau und Umgebung nach hierher bringt. Aber es soll Oberschlesien nicht vorziehen, denn das liegt noch ziemlich weit von Breslau, dort, wo die Roten buchstäblich zum Himmel schreit. Die Oberschlesler wollen auch Kinder aus Oberschlesien haben, aber nur solche, denen der Aufenthalt im Reich wirklich Rot tut, ganz gleich, ob es kommunistische oder streng katholische Kinder sind.

Von anderer Seite erfahren wir als Bestätigung des Schwindels der JAS., daß ein Teil der „ober-schlesischen“ Kinder aus — Schweidnitz stammt!

**Coffeubaue.** Für die Umlage der Kosten für die Fiegenhaltung ist ein Verzeichnis der Fiegenhalter und des Besitzstandes an nachstehenden weiblichen Fiegen angefertigt worden. Dieses Verzeichnis liegt bis 30. d. M. zur Einsichtnahme im Gemeindevorstand, Zimmer 2, in der Zeit von 9 bis 1 Uhr vormittags öffentlich aus, Einsprüche gegen das Verzeichnis sind nur zulässig, wenn sie bis zum Ablauf der Einspruchsfrist schriftlich oder zu Protokoll bei der Gemeindevorstande angebracht werden.

**Niederfelds.** Öffentliche Sitzung des Schulausschusses und Schulbezirksvorstandes Mittwoch den 8. Juli, nachmittags 6 Uhr, in Rathshausstraße. Aus der Tagesordnung: Schulunterricht für Schüler und Schülerinnen, Anfrage der Schwerkraft auf Einführung von Spielnachmittagen, sowie Ausarbeitung des Statutes für das Heimatkundliche Museum. Schulleiterwahl.

### Wasserstände der Wolbau, Eger und Elbe

Wasserstand	4. 7.	5. 7.	Wasserstand	4. 7.	5. 7.
Roden Samoil. . . . .	+ 10	- 4	Frankfurt . . . . .	- 30	- 36
Roden Rodran . . . . .	- 46	- 54	Reinick . . . . .	+ 28	+ 29
Regen Rann . . . . .	- 64	- 67	Reinick . . . . .	+ 44	+ 49
Elbe Rumburg . . . . .	- 1	- 1	Kuffig . . . . .	- 86	- 84
			Dresden . . . . .	- 174	- 172











Das Landhaus für 8500 M. baut Architekt Lehmann, Dresden-A., Blasewitzer Str. 40. Fernruf 23 211. Baustellen in allen Gegenden und Preislagen zur Verfügung.

Vor die diesen Beweise unrichtiger Teilnahme, die uns durch... Peter Nowak... herzlichsten Dank.

Nachdem die Herrschafts Nachricht, daß unsere liebe, gute Tochter, Schwester und Braut... Friedel Mai... Die trauernden Eltern, Geschwister und Bräutigam.

Am Sonntag morgen ist mein lieber, guter Mann, mein guter Schwager... Herr Friedrich August Richter... Anna vorw. Richter, Ella Epp.

Zum 400jährigen Gedenken des Bauernkrieges... Zimmermann: Großer deutscher Bauernkrieg... Bauernkrieg in zeitgenössischen Schilderungen... Thomas Münzer, Zum 400. Todestage 1525, 27. Mai, 1925.

Zement-Facharbeiter... Koll & Löser A.-G. Altenberg i. Erzgeb. Im 301 Wohnungstausch.

Baustelle... in Weichen unter günstigen Bedingungen zu verpachten... Starkes Spezial-Kurbade- u. Quarzlicht-Anstalt.

Illustration of two men talking. Text: „Hören Sie, mei Kudester, genn' Sie mer nich sachen, wo gann ich 'n wohl am besten gude Viecher goosen?“ „Oh, da gehen Sie nur in die Volksbuchhandlung Wettinerplatz 10 und ihre Filialen.“

Angst vor dem Zahnziehen... Zahnziehen ohne und mit örtlicher Betäubung... Patent-Kautschuk-Brücke ohne Gaumenplatte... Paul Ullmann, Dentist.

Pfaff-Phönix-Adler Nähmaschinen... Paul Schmelzer... An der Frauenkirche 20, Zingelstraße 16/17.

Büchertreis... Die arme Johanna... Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10.

Sächsischer Arbeitersport... Besuchsstunden der staatlichen Sammlungen für Kunst und Wissenschaft in Dresden.

Table with columns: Sonntag, Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend. Rows list various museums and galleries with their opening hours.

Am 24. Dezember bleiben sämtliche Sammlungen geschlossen... Schloß Pillnitz, Rühnengzimmer... Besuchsstunden täglich vormittags 10, 11 und 12 Uhr.

Sparkasse Klotzsche... Tagesliche Verzinsung der Einlagen mit 6%... 700 12 junge Braunbären in der Kinderstube Affen-Paradies.

Blauenfcher Lagerkeller... Militär-Garten-Konzert... Saal u. Garten für Vereine empfohlen.

Das Original-Zegernseer Bauern-Theater... Der siebente Bua... Schwank von Neal u. Ferner.

Reine Zeitungs-Matulatur... Kilo 10 Pf., verkauft... Dresdner Volkszeitung Wettinerplatz 10. Gute Bücher empfiehlt die Volksbuchhandlung und ihre Filialen.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.